DAS STÄDTISCHE MÄDCHENGYMNASIUM IN MÜLHEIM

Teil 1: 1876-1945

Von Winand Breuer

Die am 18. Oktober 1876 gegründete „Städtische höhere Mädchenschule“ in Mülheim am Rhein ist ein Spiegelbild wesentlicher Entwicklungen der Mädchenbildung in Deutschland, aber auch der deutschen Geschichte in dieser Zeit. Die Jahrhundertfeier 1976 gab den Anlass, die Geschichte dieser Schule rückblickend zu erforschen[1]. Die Stationen der Schulgeschichte sind natürlich durch wichtige Daten der deutschen Geschichte beeinflusst. Es zeigt sich auch, wie sich Einschnitte der deutschen Geschichte im Schulalltag widerspiegeln. Ebenso zeigt die Geschichte der Schule, welchen Stellenwert Mädchenbildung in den unterschiedlichen politischen Systemen dieser hundert Jahre hatte.

VORGÄNGERSCHULEN

Ansätze einer „höheren“[2] Bildung begannen in Mülheim während der französischen Besatzung im 1. Koalitionskrieg (1792 bis 1797). Die reformierte Kirchengemeinde richtete 1796 eine französische Sprachschule in Mülheim ein. Sie musste 1817 wegen mangelnder Nachfrage geschlossen werden. Auch wenn die wenigen Aussagen über diese Schule keinen Grund nennen, ist es naheliegend, dass die geänderten politischen Verhältnisse seit dem Wiener Kongress die entscheidende Rolle spielten. Mülheim gehörte von 1815 an zum Staat Preußen, und der Einfluss der französischen Sprache und Kultur ging stark zurück.

1830 wurde die höhere Bürgerschule (das heutige Rheingymnasium) gegründet. Sie nahm Jungen und Mädchen auf; es wurde aber weiter überlegt, eine höhere Mädchenschule zu gründen, denn Koedukation galt nur als Verlegenheitslösung und nicht als Ziel. Schon bei diesen Überlegungen spielten Finanzprobleme eine Rolle, denn die – wenn auch wohl wenigen – Schülerinnen sicherten der Schule Schulgeld, finanzielle Unterstützung durch die Eltern und vielleicht höhere Zuschüsse des Staates.

1848 richtete Luise Teller in privater Trägerschaft eine höhere Mädchenschule ein. Es begann nun eine langandauernde Diskussion, wie die Mädchenschule in Mülheim gestaltet werden solle, bei der verschiedene Gruppierungen: der preußische Staat, die Stadt Mülheim, die beiden Kirchen, einzelne Pädagoginnen und die Elternschaft, eine wichtige Rolle spielten. Umstritten waren sowohl das Angebot an Schulfächern und deren inhaltliche Gestaltung (Deutsch, Fremdsprachen, Zeichnen, Gesang, weibliche Handarbeit) als auch die Finanzierung der Schule. Das betraf vor allem den Besoldungsaufwand für die Lehrer, aber auch die Kosten für die Schulräume bei einer noch sehr geringen Schülerinnenzahl[3]. Auch die Rivalität der Konfessionen spielte eine wichtige Rolle. Da die wohlhabende Einwohnerschaft Mülheims überwiegend evangelisch war[4], bestand zwar die Möglichkeit, die Schule durch Spenden zu unterstützen; dennoch blieb die langfristige Sicherung ein Problem. 1851 lehnte die Schulkommission eine weitere finanzielle Garantie ab. Der katholische Pfarrer Stieger deckte das bis dahin entstandene Defizit aus eigenen Mitteln ab und führte die Schule als katholische Privatschule weiter. 1867 starb die einzige Lehrerin dieser Schule; da für sie keine Nachfolgerin gefunden werden konnte, musste die Schule schließen.

1857 wurde aus privaten Mitteln eine evangelische Schule ins Leben gerufen, die schon nach kurzer Zeit wieder schließen musste. 1868 wurde vom evangelischen Pfarrer Noell erneut eine Schule gegründet. Sie hatte 1872 60 Schülerinnen zwischen 6 und 16 Jahren in vier Klassen. 1869 eröffneten die Ursulinen-Schwestern eine Schule[5], die von den katholischen Schülerinnen besucht wurde. Beide Schulen standen in erheblicher Rivalität zueinander und lehnten eine von der Stadt vorgesehene paritätische, also konfessionsübergreifende Schule strikt ab.

---

1 Die damalige Schulleiterin, Dr. Anneliese Grundmann-Roch (1933-1994), hielt einen Festvortrag, in dem sie die Geschichte der Schule aufarbeitete. Dieser Vortrag hat vielfältige Anregungen für diesen Aufsatz gegeben. Eine Kopie des Vortrags befindet sich in der Bibliothek des Historischen Archivs der Stadt Köln (=HASK), eine weitere im Besitz des Verfassers.

2 Ich übernehme hier den traditionellen Ausdruck, ohne die implizite Wertung nachzuvollziehen.

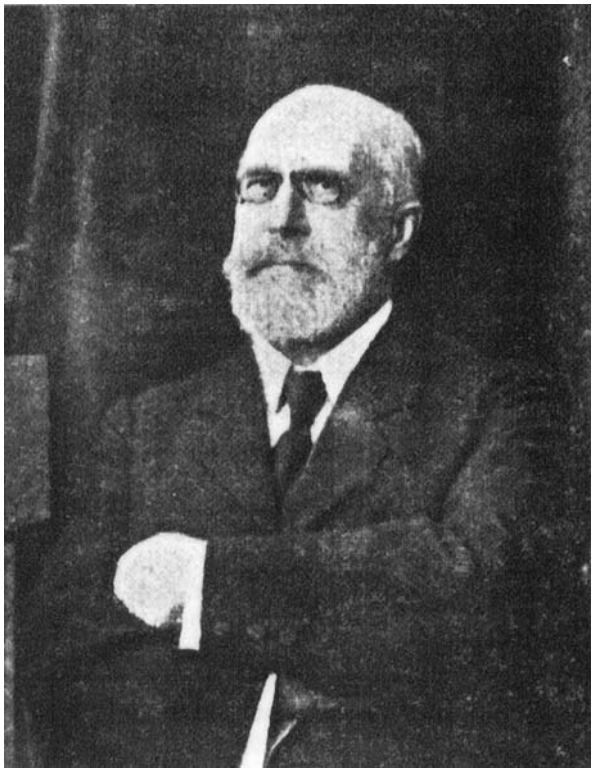
3 Ausführlich dargestellt bei Voß 1952, S. 204 ff.; ebenso in der Festschrift 1951, S. 7 f.

4 Pohl/Möhlich 1994 schildern die Gründe. Sie stellen bereits für das 18. Jh. fest: „Eine größere Zahl von wirtschaftlich erfolgreichen Protestanten aus Köln siedeln sich mitsamt ihren Familien, ihrem Gesinde und ihrem Geschäft in Mülheim an...“ S. 26; vgl. auch S. 163 f.

5 Zu den Kontroversen um die Gründung der Schule Voß 1952, S. 210 f.

DIE GRÜNDUNG DER SCHULE

Den Anstoß für die weiteren Planungen der Stadtverordneten Mülheims lieferte der Kulturkampf[6]. Durch Gesetz wurden zum 1. Oktober 1876 die Schwesternorden aufgehoben und die katholische Mädchenschule musste schließen. Damit den Schülerinnen der weitere schulische Unterricht gesichert werden konnte, musste die Stadt handeln. Nach schwierigen Auseinandersetzungen mit den Kirchen beschloss die städtische Schulkommission am 24. März 1876 die Einrichtung einer konfessionell paritätischen Schule, die von der Stadt getragen wurde und für die die Stadt verantwortlich war. Allerdings ging die bestehende evangelische Schule in der neuen Schule auf. Dabei spielte ihre geringe Schülerinnenzahl eine erhebliche Rolle. Der evangelische Pfarrer Zurhellen setzte aber in den Verhandlungen mit Bürgermeister Kaiser wichtige evangelische Interessen durch[7]. Es wurde in einem Vertrag[8] festgelegt, dass „das Direktorat zwischen der evangelischen und der katholischen Konfession alterniere“, der erste Schulleiter nur mit Zustimmung des Kuratoriums der evangelischen Töchterschule benannt werden dürfe und die konfessionelle Parität in der Lehrerschaft gesichert werden müsse. Da keine anderen Räume zur Verfügung standen, begann der Unterricht am 18. Oktober 1876 in den Räumen der alten evangelischen Schule in der Wallstraße 91. Im Vertrag war festgelegt, dass die angestellten Lehrkräfte der evangelischen Schule, Fräulein Pauline Kneipp und Fräulein Henriette Tassius und die Schülerinnen übernommen werden sollten, ferner die Lehrmittel. Auch Schülerinnen der aufgelösten katholischen Schule konnten die neue Schule besuchen. Die Konfessionsstatistik der ersten Jahresberichte belegt, dass sie dies auch taten; es kann jedoch nicht ermittelt werden, wie viele in die paritätische Schule übergingen. Sicher war es für die neue Schule keine sehr günstige Voraussetzung, dass die Schülerinnen aus zwei unterschiedlich ausgerichteten, miteinander rivalisierenden und jetzt aufgelösten Schulen kamen.



Dr. Ludwig Erckmann
Quelle: Alle Abbildungen nach Vorlagen aus dem Archiv des Gymnasiums an der Genovevastraße

Auseinandersetzungen – vor allem konfessioneller Art – gab es auch bei der Wahl des neuen Schulleiters[9]. Auf die erste Ausschreibung bewarben sich 26 Interessenten, auch der spätere Leiter, der allerdings nicht in die engere Wahl kam. Der Vorschlag der Stadt wurde nicht genehmigt. Die zweite Ausschreibung brachte 35 Bewerbungen. Die Regierung setzte schließlich die Wahl des aus Lüneburg stammenden evangelischen Oberlehrers Dr. Ludwig Erckmann durch. Er übernahm im Alter von 32 Jahren die Leitung der Schule und blieb 43 Jahre – bis 1919 – in diesem Amt. Die Länge der Amtsdauer zeigt schon, dass der erste Schulleiter die Schule nach seinen Vorstellungen prägen konnte.

6 Neuere Darstellung bei Nipperdey 1983. Dort auch S. 120 f. eine Schilderung des Stellenwertes der Höheren Töchterschulen für das Bildungssystem des Kaiserreiches.

7 Ausführlich HASK: Bestand 870, Nr. 1522; der Vertrag Bl. 55 f.

8 HASK: Bestand 870, Nr. 1522, Bl. 6; die Regelung hatte allerdings wegen der langen Amtszeit des ersten Schulleiters keine Auswirkung. Der Mietvertrag: Bl. 291 f.

9 Ebd., Bl. 64 ff.

Im Gründungsstatut wurde als Aufgabe der Schule festgelegt, „ihren Schülerinnen neben einer gesunden sittlichen und religiösen Erziehung dasjenige Maß wissenschaftlicher Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, welches für eine höhere Bildung der weiblichen Jugend erforderlich und ausreichend erachtet wird. Die Weiterbildung für eine künftige Berufsstellung, vorzugsweise im Lehrfach, ist evtl. ins Auge zu fassen[10].“

Der erste Leiter der Schule wollte die Schülerinnen unterrichten „mittels harmonischer Ausbildung aller der Gemütsanlagen und Geisteskräfte, die die weibliche Natur aufweist, gleich bemüht, von ihren Zöglingen verweichlichende Sentimentalität und nüchterne Verstandesbildung fernzuhalten[11].“ Beide Aussagen entsprachen dem Ziel der Mädchenbildung damaliger Zeit, nämlich der künftigen Rolle als Frau und Mutter in einem den oberen Schichten angehörenden Haushalt. Deshalb war lediglich eine begrenzte Bildung sinnvoll, denn nur ausnahmsweise war eigene Berufstätigkeit das Ziel.

Für die äußeren Angelegenheiten der Schule war ein Kuratorium verantwortlich. Mitglieder waren der (Ober-)Bürgermeister der Stadt Mülheim als Leiter, sechs von den Stadtverordneten gewählte Bürger, davon drei katholischer und drei evangelischer Konfession, und der Schulleiter. Im Rahmen der staatlichen und städtischen Regelungen, besonders der finanziellen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, oblagen dem Kuratorium folgende Aufgaben[12]:

- Aufstellung des Etats der Schule, darunter auch die Einrichtung von Planstellen für Lehrer;
- Beschaffung des Inventars und der Lernmittel;
- Beurlaubungen, Vertretungen und vergleichbare Angelegenheiten der Lehrer.

Zur Aufstellung des Etats gehörten auch die Festlegung des Schulgeldes und die Genehmigung von Ermäßigungen und Freistellen[13]. Nur fünf Prozent der Schülerinnen durfte das Schulgeld erlassen werden.

Die gewählten Bürgermitglieder des Kuratoriums waren Vertreter des gehobenen Mülheimer Bürgertums, zumeist Stadtverordnete, Kaufleute und Fabrikbesitzer, darunter Angehörige der Familien, die eng mit der Mülheimer Industriegeschichte verbunden sind, wie Guilleaume, Rhodius, Eulenberg und Andreae, die heute den meisten eher wegen der nach ihnen benannten Straßen bekannt sind.

Neben der städtischen paritätischen Schule wurde weiter versucht, konfessionelle Schulen auf privater Basis mit Genehmigung der Regierung einzurichten. Die 1876 aufgelöste katholische Mädchenschule wurde nach dem Ende des Kulturkampfes 1889 durch die Ursulinen wiedergegründet[14]. Die Genehmigung durch das Provinzialschulkollegium in Koblenz wurde erst 1909 erneut erteilt, obwohl die Schülerinnenzahl schnell wuchs und das Raumproblem durch ein Gebäude in der Freiheitsstraße gelöst wurde. Die Begründung war typisch für die konfessionelle Neugründungen eher erschwerende staatliche Haltung: Erst müsse gesichert werden, dass (in einer von einem Frauenorden getragenen Mädchenschule) genügend männliche Lehrkräfte eingestellt würden. Mitte der zwanziger Jahre hatte die Schule rund 600 Schülerinnen. Verschiedene Gründe, seit 1933 vor allem die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, führten zu einem deutlichen Sinken der Schülerinnenzahl. Schließlich wurde die Schule 1937 zwangsweise aufgelöst.

Für die Zusammensetzung der Schülerinnen der städtischen Mädchenschule hatte die Ursulinenschule erhebliche Bedeutung. Es bestand zwar keine direkte Konkurrenz zwischen diesen Schulen, denn die konfessionelle (oder weltanschauliche) Position des Elternhauses war für die Auswahl der Schule maßgebend. Aber durch das Nebeneinander der beiden Schulen war die an sich paritätische städtische Schule in den Augen der Bevölkerung stark evangelisch geprägt.

Der Einfluss der evangelischen Kirche, evangelischer Vereine und eines evangelischen Bürgertums erklärt dies zusätzlich. Die Konfessionszugehörigkeit der Schülerinnen zeigt dies deutlich: Von 1900 bis 1910 waren zwischen 75% und 80% der Schülerinnen evangelisch[15].

---

10 Festschrift 1951, S. 16.

11 Jahresbericht 1876-82, S. 4.

12 Vgl. die Jahresberichte. Das Statut mit der Festlegung der Aufgaben des Kuratoriums im Jahresbericht 1876 – 1882, S. 14.

13 Die Schulgeldfrage spielt im Schriftwechsel zwischen Schulleiter, Kuratorium und der Stadt Mülheim eine erhebliche Rolle; HASK: Bestand 870, Nr. 1519.

14 Voß 1952, S. 224.

15 Vgl. die verschiedenen Jahresberichte.

DIE ENTWICKLUNG DER SCHULE

Nach den Schwierigkeiten bei der Gründung schien die Entwicklung der Schule zunächst recht erfreulich zu verlaufen. Die Schule umfasste das 1. bis 10. Schuljahr, nach heutigen Begriffen also die Grundschule und die Sekundarstufe I. Das Kollegium war konfessionell paritätisch zusammengesetzt; in ihm waren die damals üblichen unterschiedlichen Ausbildungsformen vertreten. In den achtziger Jahren waren es der Direktor, zwei wissenschaftliche Lehrer, ein Mittelschullehrer, zwei für höhere Töchterschulen geprüfte Lehrerinnen und zwei Elementarlehrer (zuständig für Rechnen in der Unterstufe, Gesang und Zeichnen). Schreiben des Schulleiters zeigen, wie sehr er sich um die Ausstattung bemühen mußte[16].

Der Haushalt für 1878/1879 nennt folgende Zahlen:

Einnahmen:	
Zuschuss aus Staatsmitteln	6 000,— Mark
Gymnasialfonds der Stadt	9 320,— Mark
Schulgeld	8 046,50 Mark
Zur Abrundung	3,50 Mark
Ausgaben:	
Besoldungen	16 000,—Mark
andere persönliche Auslagen (heute: nebenamtlicher Unterricht)	1 090,46 Mark
Miete	2 000,— Mark
Unterrichtsmittel	800,— Mark
Schulutensilien	750,— Mark
Heizung und Beleuchtung	330,— Mark
Insgemein (heute: Sonstiges)	149,54 Mark
Extraordinarium	2 170,— Mark
Einnahmen/Ausgaben	23 370,— Mark

Das Extraordinarium (heute wohl außerordentlicher Haushalt) stellte Geld für die in einer neuen Schule besonders dringenden Neubeschaffungen zur Verfügung. Es fällt besonders auf, in welch hohem Umfang das Schulgeld der Schülerinnen zur Finanzierung der Schule beitrug, es waren rund 35%. Es wird deutlich, dass nur derjenige die Tochter auf diese Schule schicken konnte, der über hinreichende Einnahmen verfügte. Das jährliche Schulgeld betrug um die Jahrhundertwende für die Klassen X bis VIII 80 Mark, für die Klassen VII bis IV 120 Mark und für die Klassen III bis I 160 Mark; zum Vergleich: Das Monatsgehalt einer Lehrerin an einer Höheren Töchterschule betrug 300 Mark.

Im sechsten Jahr ihres Bestehens, 1882, hatte die Schule in 8 Klassen 127 Schülerinnen; die beiden obersten Klassen übergriffen jeweils zwei Altersjahrgänge. Das war zwar eine geringe Schülerinnenzahl mit ausgesprochen günstigen Klassenfrequenzen, aber der Ausbau auf 10 Klassen blieb beabsichtigt. Die üblichen Anfangsschwierigkeiten waren offenbar überwunden. In vielen Jahresberichten sind die Berufe der Eltern der Abschlussklassen-Schülerinnen verzeichnet: Es dominierten Fabrikbesitzer, Chemiker, Pfarrer, Kaufleute und Redakteure. Die Oberschicht und die obere Mittelschicht der Mülheimer Bevölkerung bestimmten eindeutig das Klima. Es ist bemerkenswert, mit welchem Aufwand diese Schule erhalten wurde, selbst wenn die Zahl der Schülerinnen ausgesprochen gering war. Der Verwaltungsbericht von 1906 – 1911 nennt die Verteilung aller Mülheimer Schülerinnen und Schüler auf die Schulformen: 85,5% gingen auf die Volksschule, 6,2% auf die Realschule, 5,3% auf andere Gymnasien bzw. Lyzeen, 3,2% auf diese Schule[17]. „Auswärtige“, d. h. Schüler, die nicht in der Stadt Mülheim wohnten, werden in den Jahresberichten bis 1897 nicht erwähnt. Vermutlich hatte die Schule in den ersten Jahrzehnten nur ganz wenige auswärtige Schülerinnen. In den folgenden Jahresberichten wird die Zahl der Auswärtigen erwähnt. Sie erreichte 1910 mit 43

16 HASK: Bestand 870, Nr. 1522, Bl. 387 f.

17 Errechnet nach den Angaben in: Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Mülheim am Rhein von 1901 – 1906, Mülheim 1907.

Schülerinnen – etwa 20% – das Niveau der letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. Die Herkunftsorte sind in den Jahresberichten nur für die wenigen Schülerinnen genannt, die den Abschluss erreichten. Nach dieser Quelle waren die Schwerpunkte Leverkusen und Schlebusch, daneben Burscheid und Köln.

2. Verteilung der Lehrfächer und Klassen auf die Lehrer und Lehrerinnen. 1901/1902.

№	Lehrer und Lehrerinnen	Ordinariate	Oberstufe. Kl. I (10. Schulj. 10. Lebensj.)	Kl. 2 (9. Schulj. 15. Lebensj.)	Kl. III (8. Schulj. 14. Lebensj.)	Kl. IV (7. Schulj. 13. Lebensj.)	Mittelstufe. Kl. V (6. Schulj. 12. Lebensj.)	Kl. VI (5. Schulj. 11. Lebensj.)	Kl. VII (4. Schulj. 10. Lebensj.)	Unterstufe. Kl. VIII (3. Schulj. 9. Lebensj.)	Kl. IX (2. Schulj. 8. Lebensj.)	Kl. X (1. Schulj. 7. Lebensj.)	Wöchentliche Stundenzahl der Lehrer und Lehrerinnen
1	Direktor **Dr. Erckmann.**	I.	Deutsch 2 Franz. 2 Engl. 4 Gesch. 2 Geogr. 2										12
2	Oberlehrer **Ilse.**	II.	Deutsch 2	Deutsch 4 Gesch. 2 Geogr. 2		Gesch. 2 Geogr. 2	Gesch. 2 Geogr. 2	Deutsch 4					22
3	Oberlehrer **Diener.**	III.		Engl. 4	Deutsch 4 Engl. 4 Gesch. 2 Geogr. 2	Franz. 4		Gesch. 2 Deutsch 1					23
4	Ord. Lehrer **Visell.**	IV	Rechn. 2 Naturk. 2 Relig. 2	Rechn. 2 Naturk. 2	Rechn. 2 Naturk. 2 Relig. 2	Rechn. 2 Naturk. 2 Deutsch 4							24
5	Ord. Lehrerin **Lübke.**	V	Franz. 2 Hdarbt. 2	Franz. 1	Franz. 4		Deutsch 5 Hdarbt. 2	Naturk. 2	Hdarbt. 2				23
6	Ord. Lehrerinnen **Erckmann** (i. S.) **Haentjens** (i. W.)	VI.			Hdarbt. 2	Engl. 4 Hdarbt. 2	Franz. 5	Franz. 5 Geogr. 2 Hdarbt. 2 Schreib. 2					24
7	Ord. Lehrerin **Schiffers.**	VII.					Rechn. 3	Rechn. 3 Hdarbt. 2	Franz. 5 Deutsch 7 Relig. 3		Relig. 3		24
8	Ord. Lehrerin **Gieseler.**			Turnen 2				Turnen 2	Rechn. 3 Hdarbt. 2 Geogr. 2 Turnen 2 Schreib. 2	Hdarbt. 2 Schreib. 2 Turnen 2	Relig. 3		24
9	Lehrer **Greuner.**	VIII	Singen 1				Naturk. 2 Singen 1	Relig. 3	Relig. 3	Deutsch 8 Rechn. 3 Geogr. 2			26
			Singen 1						Singen 2				
10	Lehrer **Zepke.**	IX. u. X.	Zeichnen 2		Zeichn. 2	Zeichn. 2	Zeichn. 2 Relig. 3		Naturk. 2		Deutsch 10 Rechn. 3		26
11	Ev. Religionslehrer Superintendent **Zurhellen.**		Relig. 2		Relig. 2		Relig. 3						7
	Zahl der wöchentl. Stund. in jed. Klasse		30	30	30	30	30	30	28	24	20	18	235

Verteilungsplan der Lehrfächer und Klassen auf die Lehrerinnen und Lehrer
Quelle: Jahresbericht 1901/1902

Der Abschluss der Höheren Töchterschule nach Klasse 1 (heute: Jahrgangsstufe 10) berechtigte zum Besuch der Frauenschule, des Höheren Lehrerinnenseminars und des höheren Lehrgangs der Gartenbauschule. Natürlich vermittelte die Schule zunächst den Töchtern bestimmter sozialer Schichten die angemessene, nämlich die „höhere“ Bildung und nicht die Volksschulbildung. Die Berechtigungen zeigen aber, für welche berufliche Tätigkeiten der Bildungsweg vorgesehen war. Das Überwechseln auf eine Oberstufe mit dem Abitur als Abschluss blieb zwar möglich; es wird jedoch in den Jahresberichten nicht erwähnt und ist deshalb wohl nur in seltenen Fällen realisiert worden. So bestanden erstmals 1896 sechs Schülerinnen in

Preußen das Abitur an einem Berliner Gymnasium. Ein Universitätsstudium für Frauen musste mühsam erkämpft werden. Erst 1908 wurde eine Immatrikulation von Studentinnen in Preußen zugelassen.

Das Hauptziel war die Tätigkeit als Ehefrau und Mutter, zumeist als Organisatorin eines Haushaltes; die Arbeiten selbst oblagen dem Dienstpersonal. Die eigene berufliche Tätigkeit, vor allem im pädagogischen Raum, blieb eine denkbare Alternative. Es war rechtlich vorgeschrieben und gesellschaftlich selbstverständlich, dass eine Lehrerin mit ihrer Heirat aus dem Dienst ausschied und auf weitere berufliche Tätigkeit verzichtete.

Es kam nicht selten vor, dass eine Schülerin mit 14 Jahren bereits die Schule verließ und in ein Pensionat ging. Der Schulleiter musste häufiger in den Jahresberichten die Notwendigkeit erwähnen, auch die beiden letzten Klassen der Schule zu besuchen, denn deren Klassenfrequenz war äußerst gering. In manchen Jahren waren es nur drei oder vier Schülerinnen.

Die Jahresberichte der Schule enthalten statistische Angaben zur Lehrer und Schülerschaft, die Verteilung des Unterrichts auf die Klassen nach Wochenstunden und Fächern, eine kurze Angabe der Unterrichtsinhalte und für den Sprachunterricht ein Lektüreverzeichnis. Dazu sind die wichtigsten Ereignisse eines Schuljahres aufgezeichnet. Besonders erwähnt sind die Geburtstage und Feierlichkeiten des Kaiserhauses. Die Reden des Schulleiters (ausführlich abgedruckt in den jeweiligen Jahresberichten) sind selbst für diese Zeit außerordentlich patriotisch, monarchistisch, schwärmerisch, ja manchmal schwülstig. Anlässlich des 25jährigen Königsjubiläums Wilhelms I. formulierte er z. B.: Er „wird immer zu den Wohltätern Deutschlands zählen und unserem Volk Wilhelm der Geliebte sein[18]." Ähnlich sprach er nach Wilhelms I. Tod 1888 nur von „Wilhelm dem Großen", eine Bezeichnung, die zwar offiziell propagiert aber schon damals in der Öffentlichkeit kaum akzeptiert wurde.

Manche Hinweise in den Jahresberichten verweisen aber auch darauf, dass einige Probleme in den Schulen zu allen Zeiten existieren, völlig unabhängig von politischen Systemen oder pädagogischen Theorien. Einige Zitate mögen dies belegen:

„Nachhilfestunden für etwa durch Krankheit oder [aus] sonstigen Gründen zurückgebliebene Schülerinnen wolle man rechtzeitig eintreten lassen. Herbst- und Weihnachtszeugnisse geben hinreichend Fingerzeige; kurz vor Schluß des Schuljahres versprechen Nachhilfestunden keinen Erfolg mehr[19]."

„In letzter Stunde erklärt man sich wohl noch bereit, Nachhilfe in einzelnen Fächern erteilen zu lassen, obwohl in neun von zehn Fällen ein solcher Hochpressendruck völlig wertlos ist[20]."

Zu den Entschuldigungen für das Fehlen von Kindern heißt es: „So glauben wir doch, die Beobachtung gemacht zu haben, daß von einigen Eltern jeder kleinen Klage der Kinder ohne weitere Prüfung nachgegeben worden ist, ja es ist überhaupt vorgekommen, daß wir die Gründe ... nicht anerkennen konnten[21]."

„Um spätestens 9 Uhr abends muß eine Schülerin der oberen Klassen, die in der Entwicklung begriffen ist und morgens wieder frisch sein will, sich schlafen legen. Das sollte unverbrüchliches Hausgesetz sein. Jüngere Kinder mögen den Schlaf noch früher suchen[22]."

Die Wiedergründung der Ursulinenschule nach dem Ende des Kulturkampfes brachte für die Töchterschule eine deutliche Verringerung der Schülerzahl mit sich. 1892/93 wurde mit 77 Schülerinnen der Tiefpunkt erreicht. Die Schülerinnenzahl stieg in den folgenden Jahren wieder an. Die Ursache war das starke Wachstum der Bevölkerung Mülheims. Die Stadt hatte 1875 17 000 Einwohner, wuchs aber sehr schnell durch die Industrialisierung (z. B. Carlswerk, später Felten & Guilleaume, Motorenwerke Deutz) und hatte bereits 1900 45 000 Einwohner. Die Zahl der Schülerinnen der Schule nahm in den folgenden Jahren kontinuierlich zu[23]:

---

18 Jahresbericht 1885/86, S. 11.

19 Jahresbericht 1914, S. 17 als Beispiel für viele Zitate.

20 Jahresbericht 1882/83, S. 5.

21 Ebd., S. 3.

22 Jahresbericht 1876/82, S. 8.

23 vgl. die entsprechenden Jahresberichte.

1899	146 Schülerinnen	1904	191 Schülerinnen
1900	160 “	1905	203 “
1901	181 “	1906	213 “
1902	174 “	1907	224 “
1903	180 “	1908	246 “

Die Schule blieb bei 10 Klassen, je Jahrgang eine Klasse. Der Durchschnitt täuscht; 1906 waren z. B. in der Klasse VI (heute Jahrgangsstufe 5) 31 Schülerinnen, in der Klasse 1 (heute: Jg. 10) nur 9 Schülerinnen; 1909 waren in der Klasse VII (heute: Jg. 4) sogar 49 Schülerinnen, in der Klasse 1 nur 10 Schülerinnen.

Eine Auseinandersetzung mit dem Staatsministerium in Berlin zeigte einerseits, wie gering Mädchenbildung durch den Staat Preußen eingeschätzt wurde, bewies aber andererseits, wie stark die Stadt und das Bürgertum die Schule stützten. Der Staat Preußen hatte 1893 neue Bestimmungen und Richtlinien für die Höheren Mädchenschulen erlassen, darunter eine Stundentafel, die auch für diese Schule galt. Sie war in den vergangenen Jahren Grundlage der Unterrichtsverteilung und wurde in den folgenden Jahren möglichst genau eingehalten. Geringe Unterschiede lassen sich durch schulinterne Gründe erklären, etwa das Zusammenlegen von Lerngruppen verschiedener Jahrgänge im Fach Religionslehre oder in anderen Fällen bei kleinen Jahrgangsfrequenzen.

Lehrplan für die höhere Mädchenschule.

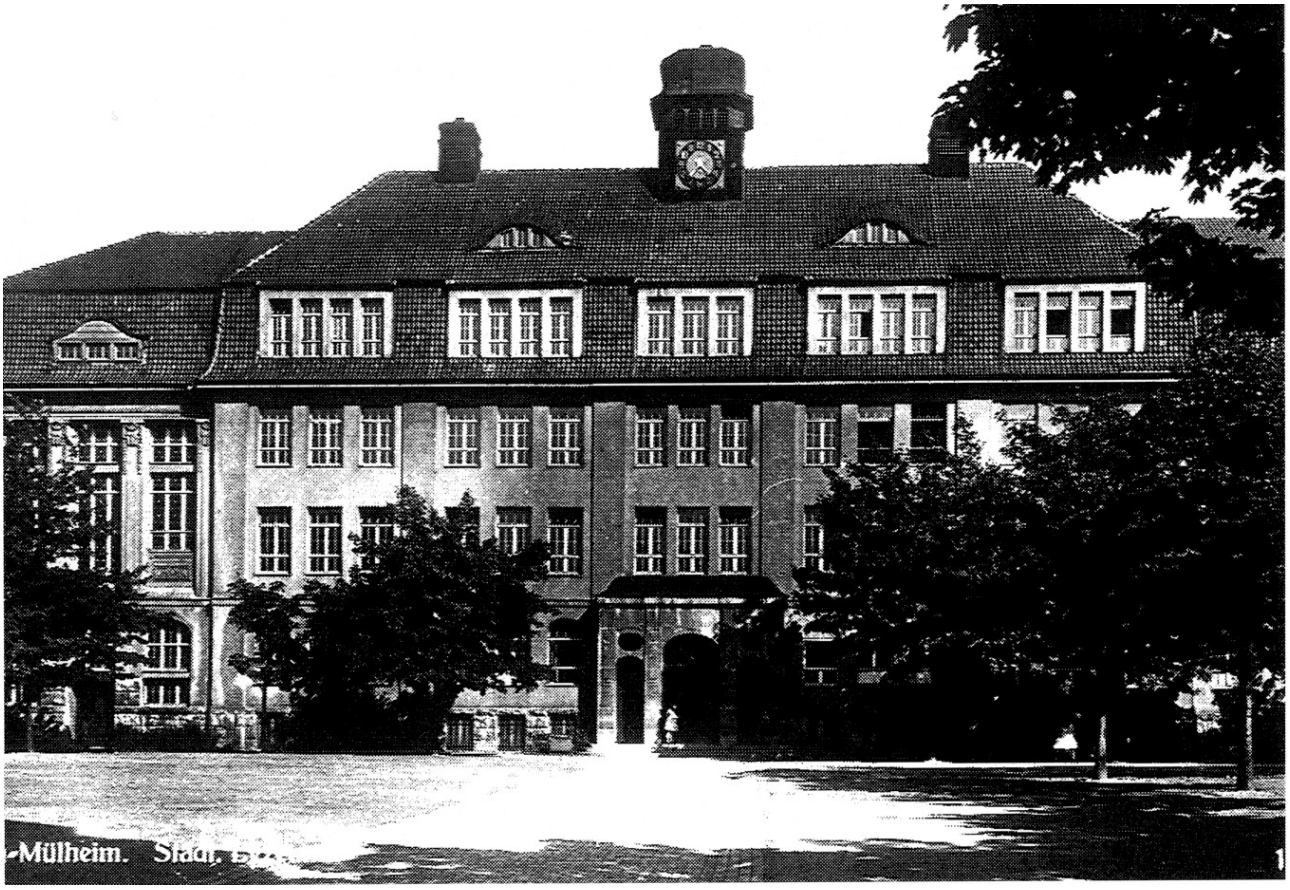
A. Stunden-Tafel.

		Unterstufe			Mittelstufe			Oberstufe			Summe
	Kl.	IX	VIII	VII	VI	V	IV	III	II	I	
1.	Religion	3	3	3	3	3	3	2	2	2	24
2.	Deutsch	10	9	8	5	5	5	4	4	4	54
3.	Französisch				5	5	5	4	4	4	27
4.	Englisch							4	4	4	12
5.	Rechnen	3	3	3	3	3	3	2	2	2	24
6.	Geschichte					2	2	2	2	2	10
7.	Erdkunde			2	2	2	2	2	2	2	14
8.	Naturwissenschaften				2	2	2	2	2	2	12
9.	Zeichnen					2	2	2	2	2	10 (8)
10.	Schreiben		3	2	2						7 (9)
11.	Handarbeit			2	2	2	2	2	2	2	14
12.	Singen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	12 (18)
13.	Turnen				2	2	2	2	2	2	18 (12)
	Summe	18	20	22	28	30	30	30	30	30	238

Stundentafel für die höhere Mädchenschule
Quelle: HASK: Bestand 870, Nr. 1519.

Der wichtigste Unterschied lag in der Dauer der Schulzeit. Während der Staat Preußen von einer neunjährigen Dauer ausging, war die Schule seit Beginn auf 10 Schuljahre angelegt. Das 10. Schuljahr setzte in der Stundentafel die Fächer mit derselben Verteilung wie im 9. Schuljahr fort. Dr. Erckmann, unterstützt vom Kuratorium, verfasste mit anderen Schulleitern der Höheren Mädchenschulen der Rheinprovinz eine Eingabe an das Ministerium in Berlin[24], mit der das 10. Schuljahr gesichert werden sollte. Die Antwort aus Berlin war eindeutig. Selbstverständlich bleibe es bei der wohlüberlegten Stundentafel. Die Begrenzung auf neun Jahre entspreche den erzieherischen Notwendigkeiten und den Bedürfnissen der Gesellschaft und werde nicht geändert. Natürlich könne eine Stadt das zehnte Schuljahr einrichten und entsprechende Planstellen genehmigen; es gebe jedoch dafür keinerlei staatlichen Zuschuss. So musste also das zehnte Schuljahr weiterhin von der Stadt gesichert werden.

In dieser Auseinandersetzung mit dem Ministerium forderten die Schulleiter auch, dass endlich die akademischen Lehrer an einer höheren Mädchenschule dieselbe Stellung (nach Rang, Gehalt und Titel) bekämen wie die Lehrer an den höheren Jungenschulen; auch diese Forderung lehnte das Ministerium ab. Das Kuratorium unterstützte diese Entscheidung. Die Position der Lehrer blieb niedriger als an vergleichbaren Jungenschulen.



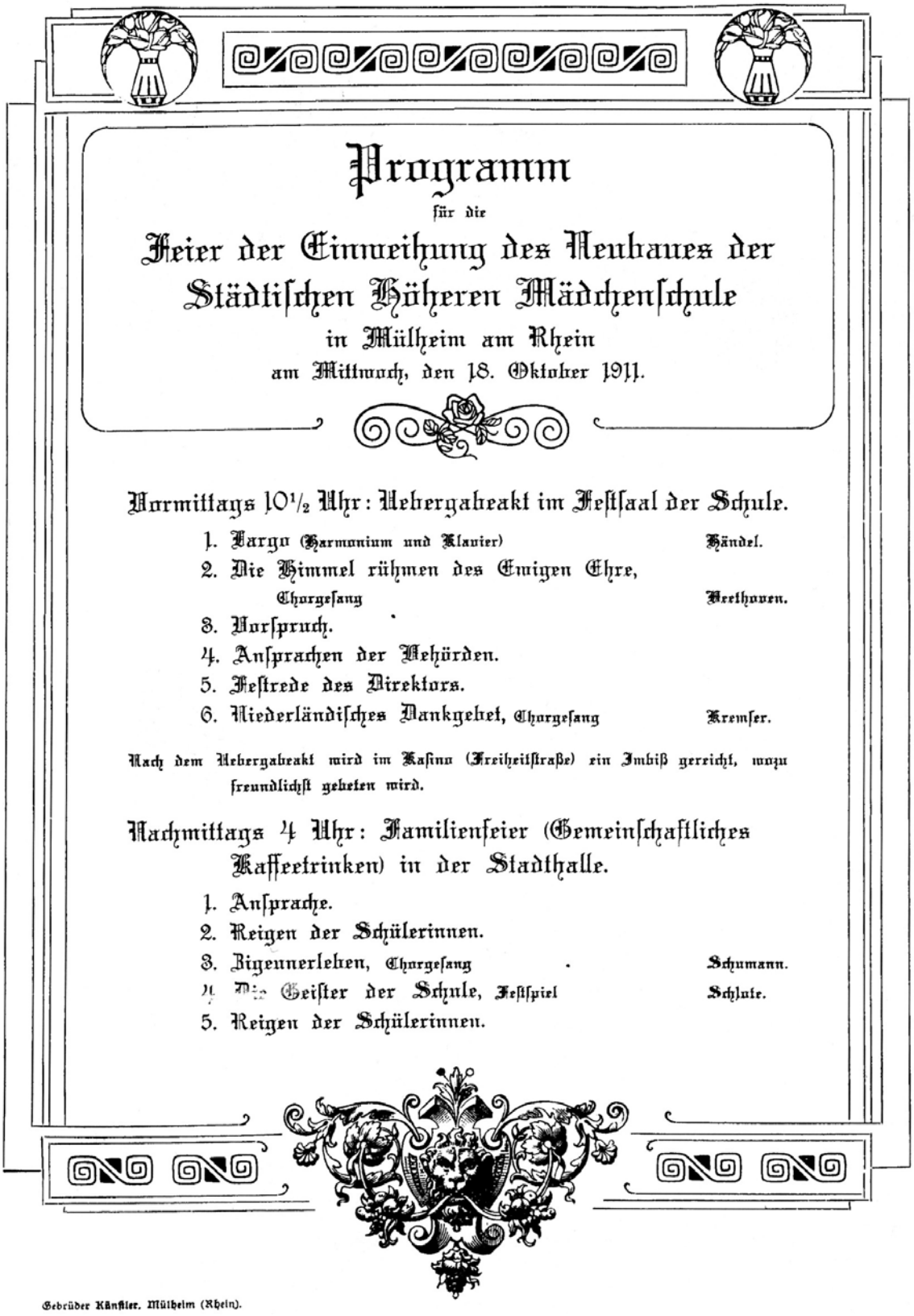
Das Lyceum an der Genovevastraße um 1923, von Westen gesehen

Eine andere Auseinandersetzung mit dem Staatsministerium wurde über die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts geführt. Seit 1876 erteilten zunächst der evangelische Pfarrer Zurhellen und der katholische Pfarrer von Othgraven, beide hauptamtlich Pfarrer der Mülheimer Gemeinden, den Unterricht in der Mittel- und Oberstufe der Schule. 1883/84 vermerkt der Jahresbericht unter der Rubrik Katholischer Religionslehrer: „vacat“ (nicht besetzt)[25]. Ein Grund ist nicht genannt. Es liegt nahe, in der Auswirkung des Kulturkampfes die Ursache zu sehen. In den folgenden Jahren wurde der katholische Religionsunterricht von den Lehrern der Schule erteilt. Seit der Neugründung der Ursulinenschule 1889 nahm der Anteil katholischer Schülerinnen zudem deutlich ab. Trotzdem hatte es offenbar Beschwerden der Eltern oder der katholischen Gemeinde gegeben, dass der Religionsunterricht nicht von einem Geistlichen der Pfarrgemeinde erteilt

24 HASK: Bestand 870, Nr. 1519, Bl. 77 f.; die Antwort des Ministeriums Bl. 97 f. Die anderen Schulen lagen in Köln, Düsseldorf, Oberbarmen, Mittelbarmen, Unterbarmen, Elberfeld, Aachen, Krefeld, Essen.

25 Jahresbericht 1883/84, S. 13.

wurde. Das Staatsministerium in Berlin wies jedenfalls den Schulleiter an, den katholischen Religionsunterricht ordnungsgemäß erteilen zu lassen[26], und fügte gleich einen geltenden Lehrplan bei. Der dürfte allerdings bekannt gewesen sein, denn die Jahresberichte weisen den Inhalt der „Lehraufgaben“ aus. Seit dem Schuljahr 1905/06 wurde Katholische Religion von einem Kaplan der Pfarrgemeinde unterrichtet.



Programm

für die

Feier der Einweihung des Neubaues der Städtischen Höheren Mädchenschule

in Mülheim am Rhein

am Mittwoch, den 18. Oktober 1911.

Vormittags 10½ Uhr: Uebergabeakt im Festsaal der Schule.

1. Largo (Harmonium und Klavier) — Händel.
2. Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre, Chorgesang — Beethoven.
3. Vorspruch.
4. Ansprachen der Behörden.
5. Festrede des Direktors.
6. Niederländisches Dankgebet, Chorgesang — Kremser.

Nach dem Uebergabeakt wird im Kasino (Freiheitstraße) ein Imbiß gereicht, wozu freundlichst gebeten wird.

Nachmittags 4 Uhr: Familienfeier (Gemeinschaftliches Kaffeetrinken) in der Stadthalle.

1. Ansprache.
2. Reigen der Schülerinnen.
3. Zigeunerleben, Chorgesang — Schumann.
4. Die Geister der Schule, Festspiel — Schlute.
5. Reigen der Schülerinnen.

Gebrüder Künstler, Mülheim (Rhein).

Programm der Einweihungsfeier des Neubaus der Höheren Mädchenschule, 1911

26 HASK: Bestand |870, Nr. 1519, Bl. 64 f.

Eine Eingabe der Eltern von 1904 an das Kuratorium betraf die Unterrichtsdauer. Seit 1876 wurde Unterricht an den Vormittagen von 8 – 12 Uhr, jeweils 4 Stunden, erteilt, an den Nachmittagen von 14-16 Uhr, je 2 Stunden, ausgenommen mittwochs und samstags. Über Mittag sollten die Schülerinnen zu Hause essen und sich ausruhen. Die Hausaufgaben sollten für die Unterstufe etwa eine Stunde, für die Mittelstufe eineinhalb Stunden und für die Oberstufe zwei Stunden in Anspruch nehmen. Je mehr Mülheim sich ausdehnte und je größer die Zahl der auswärtigen Schüler wurde, desto häufiger war die Zeit der Mittagspause angesichts der Entfernungen nicht mehr ausreichend. Die Eltern forderten deshalb, dass der Unterricht nur am Vormittag stattfinde. Der Schulleiter sprach sich gegen diesen Plan aus. Er befürchtete vor allem ein Nachlassen der Konzentration in den späten Vormittagsstunden. Die Aufsicht über Mittag für die Schülerinnen, die in der Schule bleiben mussten, war natürlich gesichert. Nach langen Überlegungen und Umfragen des Oberbürgermeisters bei anderen Städten gab das Kuratorium dem Wunsch der Eltern nur teilweise nach. Es beschloss am 25. Mai 1905, den Unterricht donnerstags von 8 – 13 Uhr anzuordnen und nachmittags ausfallen zu lassen. Der Nachmittagsunterricht blieb aber montags, dienstags und freitags[27]. Diese Regelung wurde im Schuljahr 1905/06 erstmals angewendet, offenbar problemlos, wie der Schulleiter dem Kuratorium berichtete.

Der Genovevabrunnen mit dem Lyzeum

Das Raumproblem wurde durch die steigenden Schülerinnenzahlen verschärft. Das provisorische Gebäude in der Wallstraße war längst zu klein. Zwar erweiterte 1896 die evangelische Gemeinde die räumlichen Möglichkeiten für die Schule, doch brachte das nur vorübergehende Erleichterung[28]. Erst 1909 wurde in der Bahnhofstraße (später Kurfürstenstraße, seit 1915 Genovevastraße[29]) ein eigenes Schulgebäude gebaut. Das Gebäude bildet bis heute den Kern des sog. Altbaus des Gymnasiums Genovevastraße. Das Grundstück hatte die Stadt für 48 000 Mark erworben, der Bau kostete 367 000 Mark[30]. Endlich konnte am 18. Oktober 1911 die festliche Einweihung des Neubaus gefeiert werden; die Schule war inzwischen 35 Jahre alt. Man geht wohl nicht fehl, die lange Dauer bis zum Bau eines eigenen Gebäudes als Kennzeichen für den nicht allzu großen Stellenwert der Mädchenbildung in Mülheim zu sehen.

Inzwischen hatte sich die Bildungspolitik weiterentwickelt; der preußische Staat erkannte die Notwendigkeit einer eigenen Mädchenbildung und änderte die Richtlinien[31]. Aus der Töchterschule wurde 1908 die „Städtische Höhere Mädchenschule“. Das Wort Mädchen statt Töchter zeigte etwas deutlicher, dass Bildung inzwischen auch der Persönlichkeit der Frau zugestanden wurde, nicht nur der „höheren Tochter“. Die berufliche Qualifikation der Frau wurde als sinnvoller und von vielen als notwendiger Weg anerkannt; im Bildungsbereich blieb aber die klare Regel, dass berufliche Tätigkeit der Frau und Heirat nicht mitein-

27 Ebd., an verschiedenen Stellen.

28 Der Haushalt 1910 verzeichnet an Mietkosten 2 750 Mark, zuzüglich 420 Mark Unterhaltskosten. Zur Schule gehören: 8 Klassenzimmer, Aula, Bibliothek, Direktorzimmer, Lehrerzimmer, Konferenzzimmer und zwei Räume für den Schuldiener. Landeshauptarchiv Koblenz (= LHAK): Bestand 405, Nr. 4399.

29 Prass 1988, vordere Umschlagseite, S. 96 und S.112; die Straße wurde benannt nach dem gleichnamigen Brunnen, der bis heute gegenüber dem Schuleingang steht. Er wurde gestiftet von der Witwe des Gründers der Firma Martin und Pagenstecher und greift die Sage der Genoveva auf. Er hat mit der Schule nichts zu tun. Die Bezeichnung „Genoveva-Gymnasium" ist erst seit 2006 offiziell.

30 Bendel 1913, S. 355 f.

31 Zum Hintergrund der Reform siehe Düwell 1979 und Lundgreen 1980, S. 67; noch 1884 stellte die preußische Kultusverwaltung fest, dass „in den Mädchenschulen Berechtigungen irgendwelcher Art, welche für den künftigen Lebensweg von entscheidender Bedeutung wären, nicht erworben“ würden, ebd. S. 61.

ander vereinbar waren. Das Wort „paritätisch“ fiel weg. Die Schule blieb zwar als städtische Schule für alle Konfessionen offen. Die katholischen Schülerinnen Mülheims gingen jedoch vorwiegend auf die Ursulinenschule, so dass die Städtische Schule überwiegend von evangelischen Schülerinnen besucht wurde. So war es kein Wunder, dass die städtische Schule überwiegend evangelisch geprägt war. 1911 wurde die Schule in Lyzeum umbenannt, ein Gegenbegriff zum Gymnasium, das in der Regel eine höhere Schule nur für Jungen war. Allerdings führte das Lyzeum in der Regel nur bis zum 10. Schuljahr, nach damaligem Verständnis ausreichend für die Mädchenbildung.

Ein Blick in den Etat für 1914 zeigt, dass die Schülerinnen noch stärker zur Finanzierung der Schule beitrugen. Mehr als die Hälfte der Gesamtkosten der Schule wurden durch das Schulgeld aufgebracht.

Etat 1914

Einnahmen:		
Bestand (Vorjahr)	1 016,96 Mark	1,1%
Staat Preußen	10 000,00 Mark	11,2%
Stadt Mülheim	29 977,07 Mark	33,7%
Schulgelder	47 500,00 Mark	53,4%
Sonstiges	491,20 Mark	0,6%
Insgesamt[32]:	89 065,23 Mark	100 %
Ausgaben:		
Besoldungskosten	78 083,94 Mark	87,7%
Unterrichtsmittel	1 062,65 Mark	1,2%
Gebäude, Geräte	2 770,80 Mark	3,1%
Heizung	2 894,11 Mark	3,2%
Sonstiges	4 253,73 Mark	4,8%
Insgesamt	89 065,23 Mark	100 %

1914 wurde die Stadt Mülheim in die Stadt Köln eingemeindet. In den Jahresberichten ist davon wenig zu spüren. Wahrscheinlich wurde das kommunale, gerade für eine städtische Schule wichtige Ereignis der Eingemeindung völlig überlagert durch das zentrale politische Ereignis dieses Jahres, den Beginn des Ersten Weltkrieges[33].

DAS LYZEUM IM ERSTEN WELTKRIEG

Der Erste Weltkrieg traf die Schule, wie die ganze Gesellschaft, sehr hart und unvorbereitet. Es ist erstaunlich, aber kennzeichnend, dass sich in den Jahresberichten wie auch in der Festschrift von 1926 keine pädagogischen Überlegungen finden. Es wird auch nirgendwo über Einschränkungen beim Unterricht oder direkte Folgen des Krieges für die Schule berichtet. Der Unterricht wurde offenbar zunächst so weitergeführt, als sei Schule eine Institution, die nicht direkt betroffen sei. Desto ausführlicher wurde vor allem im Jahresbericht 1914 erwähnt, wie der Krieg in das Leben der Lehrerschaft eingriff, und genau aufgezählt, welche Verwandte von Lehrern an der Front standen, ferner, dass ein Enkel des Direktors, aber auch fünf Brüder von Schülerinnen gefallen waren. Lediglich eine Einschränkung wird vermerkt: „Während der Ferien und einige Wochen darüber hinaus hatte das Gouvernement die Turnhalle der Anstalt in Benutzung genommen. Die ausfallenden Turn- und sämtliche Handarbeitsstunden wurden zum Stricken von Liebesgaben verwendet[34].“ Entsprechend heißt es an anderer Stelle, dass im Handarbeitsunterricht „wollene Strümpfe, gestrickte wollene Leibbinden, wollene Unterjacken“ für die Front angefertigt wurden.

Die wirtschaftlichen Ziele der Regierung wurden folgendermaßen unterstützt: „Die Mitwirkung der Lehrer an den Höheren Schulen zur Belehrung über die Notwendigkeit der Sparsamkeit im Verbrauch der

32 In den Einnahmen wird unterschieden zwischen festem und veränderlichem Zuschuss. Der feste Zuschuss, 15 100 Mark, bezog sich auf das Mindestgehalt der genehmigten Planstellen. Der veränderliche Zuschuss, 14 877 Mark, bezog sich auf höhere Besoldungsaufwendungen durch höheres Dienstalter u. ä.

33 Die Eingemeindung nach Köln hatte allerdings unangenehme finanzielle Konsequenzen. Die preußische Regierung teilte mit Schreiben vom 13.11.1915 mit, dass sie den der Stadt Mülheim gewährten Zuschuss von 10 000 Mark nach der Eingemeindung nicht mehr gewähren könne. LHAK: Bestand 405, Nr. 4399.

34 Jahresbericht 1914, S. 11.

Brotfrüchte wird angeordnet ... In gleicher Weise sind die Schülerinnen auf die Wichtigkeit hinzuweisen, welche die Stärkung des Goldvorrates der Reichsbank ... für unser Vaterland besitzt und sie darüber zu belehren.“ (Schülerinnen der Klassen 1 – 10, also des 6. bis 16. Lebensjahres!)

Ebenso wurde wichtiger militärischer Ereignisse gedacht: „Wenn aus Anlaß herzerhebender Siegesnachrichten der Unterricht ausgesetzt werden soll, ist eine Verständigung unter den Leitern herbeizuführen[35].“ Ein Beispiel: Als die Stadt Lodz im Dezember 1914 eingenommen wurde, fand eine kleine Schulfeier mit Gesang der Schülerinnen und einer Ansprache des Direktors statt.

Entsprechend wurde auch der Geburtstag des Kaisers gefeiert. Eine Schülerin trug ein Gedicht des Schulleiters vor; im Jahresbericht wurde das Gedicht (6 Strophen) abgedruckt, zwei Strophen seien wiedergegeben[36]:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben,
Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!
Wer dächte nicht des Dichterworts beim Treiben
Der schnöden Feinde, die uns rings umstellt?
Neid, Haß und Lüge wollen uns zerreiben,
In Waffen gegen uns erhob sich eine Welt.
Sie haben uns den Untergang geschworen
Und prahlen höhnend: Deutschland ist verloren!

Wie hast Du doch geliebt, gehegt den Frieden,
Um ihn gesorgt, gebangt, mein Kaiser Du!
Und reiche Jahre waren uns beschieden,
Zu leben unter Dir in arbeitsfreud'ger Ruh'.
Der Segen floß im Norden wie im Süden
Dem fleiß'gen Landmann wie dem Bürger zu,
Und stolze Werte konnte jeder schaffen
Mit seiner Hände und des Geistes Waffen.“

Der kurze Ausschnitt aus dem Gedicht zeigt deutlich, wie sehr der monarchistische Gedanke und die offizielle Kriegspropaganda das schulische Leben beeinflussten und wie tief die Enttäuschung sein musste, als der Krieg verloren wurde und mit dem Monarchen auch die Monarchie abdanken musste.

In den Jahren 1917/18 waren die Folgen des Krieges deutlicher spürbar. Die Schülerinnen sammelten gebrauchte Rohstoffe (Gummi, Glas, Altmetall, Knochen, Obstkerne, Teeblätter u. a.). Auch der Unterricht musste eingeschränkt werden; im Winter gab es Kohleferien. Die Zahl der Unterrichtsstunden musste wegen Einberufungen der Lehrer vermindert werden. Es fehlte jedoch die direkte Betroffenheit durch Angriffe der Gegner wie im Zweiten Weltkrieg.

DIE SCHULE IN DER WEIMARER REPUBLIK

Der revolutionäre Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik ist in den Jahresberichten kaum zu erkennen. Vor allem über pädagogische oder schulorganisatorische Änderungen wird nichts berichtet. Im Vordergrund steht zunächst die wirtschaftliche Situation. Die Not der Nachkriegsjahre ist spürbar. Es wurden „Kohleferien“ eingeschoben und die Stadt musste ein „Zusatzfrühstück“ einführen, um die Ernährung zu sichern. Turnunterricht war nur noch eingeschränkt möglich, da neue Turnschuhe nicht erhältlich waren. Beim Rückzug der deutschen Armee 1918 wurde das Schulgebäude vom Militär und anschließend von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Bis zum September 1919 musste die Schule im Nachbargebäude der Ursulinenschule unterkommen; der Unterricht wurde als Schichtunterricht organisiert.

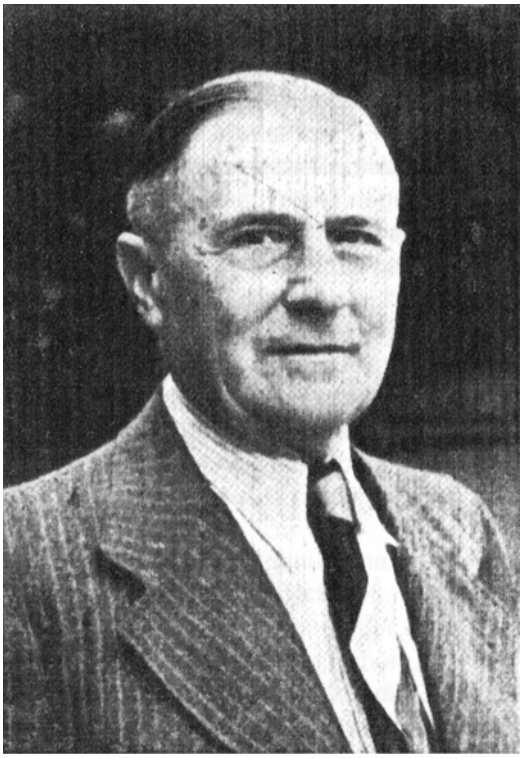
Die wichtigste personelle Veränderung nach der Revolution betraf die Person des Leiters der Schule: Er musste in den Ruhestand treten. Ob dies eine Folge des Beamtenabbaugesetzes war (so die Festschrift von

35 Jahresbericht 1914, S. 10.
36 Jahresbericht 1914.

1926[37]) oder der veränderten politischen Verhältnisse, muss hier offen bleiben. Es kann auch eine ganz natürliche Ursache gehabt haben: Dr. Erckmann war inzwischen 75 Jahre alt! Aus den erhaltenen Akten sind die Gründe nicht ersichtlich; vermutlich wurde Dr. Erckmann pensioniert.

Ein Abbau der Lehrerschaft war aus einem anderen Grunde notwendig. Die Umgestaltung des Bildungssystems durch die Einführung der allgemeinen Grundschulpflicht (Reichsgrundschulgesetz 1920[38]) führte auch an dieser Schule zum Abbau der Jahrgänge 1 – 4 und damit zu einer Reduzierung der Schülerinnenzahl und entsprechend der Lehrerzahl. Der Abbau betraf auch die gesetzlich nicht mehr zulässigen Vorschulklassen bzw. Vorklassen, die zumeist die Vorkenntnisse für die höhere Bildung vermitteln sollten.

1920/21 besuchten 389 Schülerinnen die Schule in 14 Klassen der Jahrgänge X bis I. 1921/22 werden nur noch neun Jahrgänge erwähnt. Neuaufnahmen im 1. Jahrgang gab es nicht mehr; allerdings wurden im 5. Jahrgang zwei Klassen VI aufgenommen; insgesamt hatte auch dieses Schuljahr 14 Klassen, aber mit 410 Schülerinnen. Der Jahresbericht 1923[39] erwähnt noch – auslaufend – eine Klasse VII, also das heutige 4. Schuljahr; ab dem folgenden Bericht 1924/25 werden nur noch die Klassen der heutigen Sekundarstufe I erwähnt.



Oberstufendirektor Friedrich Will
(1926 – 1945)

Die Leitung der Schule übernahm 1919 Dr. Josef Fischer. Er war bereits im Saargebiet als Schulleiter tätig gewesen, wurde aber dort von der Besatzungsmacht ausgewiesen; er übernahm nur für zwei Jahre, bis 1921, die Leitung dieser Schule und wurde dann Schulleiter am Realgymnasium in Hagen. Seine Nachfolgerin war Lic. Karola Barth, die bereits 1925 Leiterin der Merlo-Mevissenschule in Köln wurde. Diese Berufung war schon länger vorgesehen, zumal es an dieser Schule bereits die Oberstufe gab[40]. Der häufige Wechsel der Schulleitung in einer für das Kollegium sehr schwierigen Zeit trug sicher nicht zur Stabilität bei. Seit Anfang 1926 leitete Dr. Friedrich Will die Schule. Er wurde 1907 Assessor und war Studienrat für Mathematik, Physik und Chemie in Gießen, Mainz und Hannover, ein für heutige Verhältnisse sehr häufiger Wechsel an sehr verschiedene Dienstorte. Er war offenbar nicht Soldat im Krieg gewesen (eine solche Tätigkeit wäre sicher erwähnt worden). Anschließend wurde er Mitarbeiter im Provinzialschulkollegium in Koblenz und darauf Leiter der Schule. Seine etwa zwanzigjährige Amtszeit brachte wieder die notwendige Kontinuität in die Schule.

Der Wechsel des politischen Systems brachte auch neue pädagogische Konzepte, z. B. das Prinzip der Arbeitsschule, und erste Versuche, die am Schulleben beteiligten Gruppen (Lehrer, Eltern und Schüler) an der Schulorganisation zu beteiligen. Es ist aus den Akten nicht ersichtlich, ob diese Ansätze tatsächlich den Unterricht prägten. Die Stoffkataloge und Lektürepläne, die in den Jahresberichten stehen, lassen eine erhebliche Übereinstimmung mit den Plänen im Kaiserreich erkennen, geben aber keinen Einblick in methodische Änderungen. Es gab schulfrei am Verfassungstag und an dem Tag, als Reichspräsident Hindenburg 1926 aus Anlas der Befreiungsfeier[41] Köln besuchte, doch waren dies staatliche Regelungen, aus denen man keine Rückschlüsse auf die Einstellung des Kollegiums ziehen kann.

Auch für die Schülerinnen sind kaum Änderungen erkennbar. Die Schulgeldpflicht bestand weiter. Allerdings wurden Kosten der Schule nur noch zu 23,7% von den Eltern der Schülerinnen bestritten[42]. Das Schul-

---

37 Festschrift 1926, S. 12.

38 Zum allgemeinen Hintergrund: Düwell 1979, S. 515, und Lundgreen 1981; zur Frauenschule und zum Oberlyzeum besonders S. 69 f.

39 Die Jahresberichte 1919/20 bis 1922/23 sind, soweit mir bekannt, nicht vorhanden. Die Zahlen für 1921 und 1922 sind den Etatunterlagen entnommen: LHAK: Bestand, 405 Nr. 4399. Die Jahresberichte 1923/24 und die folgenden zwei Schuljahre sind handschriftlich auf losen Blättern überliefert. Die Jahresberichte ab 1926/27 erschienen wieder gedruckt und gebunden.

40 Voß 1952, bes. S. 333.

41 Gemeint ist die Räumung des linken Rheinufers durch die Besatzungstruppen.

42 Die Einnahmen sind im Haushalt wie folgt ausgewiesen:

Staatszuschüsse	527 490 Mark	75,7%
Schulgeld	165 480 Mark	23,7%

geld betrug – so der Jahresbericht 1925/26 – 150 RM, Auswärtige bezahlten einen Aufschlag von 25%; in geringem Umfang wurden Freistellen gewährt (1925/26: 39 Freistellen, 20 halbe Freistellen. Kriterium für die Gewährung waren Begabung, Strebsamkeit und finanzielle Situation der Eltern). Für die Jahre der Inflation werden, soweit die Jahresberichte vorliegen, keine Angaben über das Schulgeld gemacht.

Neue Ansätze in der Pädagogik wurden von der preußischen Regierung den Schulen empfohlen. Die Arbeitsschulbewegung, insbesondere von Kerschensteiner und Gaudig angeregt, wollte statt der reinen Lernschule einen Arbeitsunterricht durchsetzen. Die Schüler sollten nicht nur aufnehmen, was der Lehrende sagte, sie sollten vielmehr zur Tätigkeit angeregt werden, durch Arbeiten lernen, letztlich die Arbeit selber mitbestimmen. Eine solche grundsätzliche Änderung des pädagogischen Konzeptes bedurfte einer gründlichen Weiterbildung der Lehrer und einer Neubearbeitung der Schulbücher. Auch die Methodik des Unterrichts musste grundlegend verändert werden. Der Lehrer, bisher den Lehrervortrag gewohnt, sollte den Unterricht nun so gestalten, dass die Schüler durch das Lösen entsprechend gestellter Aufgaben lernten. Inwieweit der konkrete Unterricht betroffen war, lässt sich in folgender Bemerkung im Jahresbericht 1925/26 erkennen[43]: „Der Unterricht wurde im verflossenen Jahr nach dem Prinzip der Arbeitsschule erteilt. Auf Selbsttätigkeit der Schülerinnen wurde größter Wert gelegt.“ Diese Formulierung klingt, zumal sie durch keinerlei sonstige Aussage gestützt wird, eher nach pädagogischer Vollzugsmeldung gegenüber den Vorgesetzten als nach wirklicher Änderung des Unterrichts. Ähnlich eine andere, in den Jahresberichten 1923/24, 1924/25 und 1925/26 stereotyp wiederkehrende Formulierung: „Die Schülerselbstverwaltung beschränkte sich auf die Wahl von Vertrauensschülerinnen in den einzelnen Klassen, die als Sprecherinnen die Klagen und Wünsche der Klassen an die Lehrerinnen vermitteln. Schulgemeinde und ähnliches lehnen die Schülerinnen ab. Ein geringeres Zusammengehörigkeitsgefühl, eine geringere Beteiligung in vaterländischer, sozialer, religiöser Hinsicht[44] ist dadurch nicht eingetreten.“ Im Jahresbericht 1929/30 (das erste Schuljahr mit einer Oberprima) wird dieser Passus ergänzt: „Die Oberprimanerinnen beteiligten sich an der Hofaufsicht während der Pausen[45].“ Ähnlich lauten die Aussagen über die Beteiligung der Eltern. Der Jahresbericht 1925/26 formuliert: „Im Elternbeirat wurde zur Wiederwahl eine Einheitsliste aufgestellt, die keinen Widerspruch fand.“ Der Jahresbericht 1926/27 nennt die Tagesordnung der Elternbeiratssitzung vom 12. Juli 1926[46]:

„1. Wahl des Vorstandes
2. Gründung eines Schülerinnenschwimmvereins
3. Einführung von Schülerinnenmützen
4. Freistellen von Auswärtigen
5. Schülerbücherei
6. Vorbereitung für das 50jährige Jubiläum der Schule
7. Jubiläumsfonds als Stiftung der Eltern und Freunde der Anstalt.“

Es ist nur konsequent, wenn der Jahresbericht 1927/28 vermerkt[47]: „Ein Lehrerausschuß besteht nicht.“ Die Berichte sind für alle drei am Schulleben beteiligten Gruppen deutlich genug. Das von der neuen, von der SPD geführten preußischen Landesregierung angestrebte System der Schulmitwirkung wurde zwar formal eingehalten, inhaltlich aber völlig unterlaufen. Eine Schülerselbstverwaltung wurde, so die Berichte, bewusst abgelehnt. Die Beteiligung der Eltern beschränkte sich auf eine Aktivierung der Elterneinflüsse bei der Außenwirkung der Schule und bei finanziellen Problemen; jede weitere Form wurde abgelehnt.

Insgesamt zeigt auch diese Schule ein Bild, das aus vielen anderen Institutionen bekannt ist. Die Ansätze zu Änderungen sind zwar erkennbar, aber die schwierige wirtschaftliche und politische Situation in den Jahren 1919 bis 1923 und die wenigen folgenden Jahre der Weimarer Republik führen nicht zu einer ausreichenden Entfaltung dieser Ansätze. Gerade im Schulwesen spielte die personelle Kontinuität eine wichtige Rolle, fast alle Lehrer hatten auch schon im Kaiserreich unterrichtet. Wie sich die Ansätze weiter entwickelt hätten, wenn sich nicht die Rahmenbedingungen seit etwa 1931 wieder geändert hätten, bleibt der Spekulation überlassen.

Grundeigentum	4 217 Mark	0,6%
Sonstiges	13 Mark	0,0%
	697 200 Mark	100 %

Die Zahlen sind allerdings nur durch die Inflation verständlich.

43 Jahresbericht 1925/26; die handschriftlichen Berichte enthalten keine Seitenangabe.

44 Man beachte die Reihenfolge!

45 Jahresbericht 1929/30, S. 15.

46 Jahresbericht 1926/27, S. 13.

47 Jahresbericht 1927/28, S. 11.

Auch die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer wurde nicht geändert. 1925/26 vermerkt der Jahresbericht:

„Gesamtzahl der wissenschaftlichen Stunden: 452

Hälfte: 226

erteilte Stunden von wiss. Ausgebildeten: 288“.

Es wurden also 62 Stunden mehr von wissenschaftlich ausgebildeten Lehrkräften erteilt als zulässig.

Der Schule wurden trotz Wegfalls der Jahrgänge 1 – 4 nur zur Hälfte wissenschaftlich ausgebildete Lehrer zugewiesen; die übrigen Lehrkräfte hatten nur eine Seminarausbildung.

DIE FRAUENSCHULE

„Wohl keine Schulgattung hat in den letzten Jahren an Bedeutung so zugenommen wie die Frauenschulen, die bestimmt sind, die Schülerinnen in den Pflichtenkreis als Hausfrau, Mutter und Staatsbürgerin einzuführen[48].“ Mit diesen Worten kennzeichnet Aenny Schorn, die Leiterin der Frauenschule von 1924 bis 1931, in der Festschrift von 1926 die Zielsetzung der seit 1923 dem Lyzeum angeschlossenen Frauenschule. Sie charakterisiert damit gleichzeitig, welches Verständnis von der Rolle der Frau in der Gesellschaft dem Bildungskonzept dieser Schule zugrunde lag. Die Schule umfasste zwar zumeist nur 1 oder 2 Klassen, also etwa 30 bis 40 Schülerinnen; die Lehrerinnen waren im Kollegium des Lyzeums integriert, wenn auch oft mit dem Schwerpunkt Frauenschule. Die Frauenschule entsprach etwa dem Niveau der Obersekunda (heute Jahrgangsstufe 11), sie führte aber nur mit wenigen Stunden die allgemeinbildenden Fächer fort. Sie war auf ein Schuljahr angelegt, später für kurze Zeit (wohl 1930/31 und 1931/32) für zwei Schuljahre. Der Schwerpunkt lag auf Kochen, Säuglingspflege und Kindererziehung; die Schule arbeitete im praktischen Teil mit dem Mülheimer Säuglingsheim und mit den Kindergärten zusammen. Es wurde durchaus gesehen, welchen besonderen Belastungen die Frau im Weltkrieg ausgesetzt war; diese wurde vor allem in der medizinischen und sozialen Betreuung der Frontsoldaten gesehen und nicht in der Übernahme von Arbeitsplätzen, weil die Männer einberufen wurden. Die Konsequenz war deshalb nicht eine eigenständige berufliche Bildung, sondern eine verbesserte Ausbildung in Gesundheitspflege und Krankenversorgung, sowohl um die künftige Generation zu kräftigen als auch um eventuellen Anforderungen in Kriegszeiten gerecht zu werden. Der Verdacht liegt nahe, lässt sich aber aus den Akten nicht belegen, dass es sich hier um eine stark schichtbezogene Beurteilung handelt.

Die Lehrküche der Frauenschule, um 1930

Die Frauenschülerinnen kamen aus der eigenen Schule nach Abschluss der Klasse 10, aber auch aus anderen Schulformen. 1932/33 gingen von 36 Untersekundanerinnen 10 in die Obersekunda, 23 verließen

48 Festschrift 1926, S. 21.

die Schule mit der „mittleren“ Reife, nur 3 gingen in die Frauenoberschule; 10 Schülerinnen wurden aus anderen Schulen aufgenommen. Die Räume der Schule lagen im Keller; dort ist noch heute die Küche der Schule mit den anliegenden Unterrichtsräumen.

DAS OBERLYZEUM

Der Druck der Eltern und das Interesse des Kollegiums, vor allem des neuen Schulleiters, erreichten, dass die Schule ausgebaut wurde. 1926 wurde der Antrag gestellt, sie in die Gruppe der „Großen Vollanstalten“ einzureihen[49]; die Genehmigung erfolgte 1929. Seit 1927 – für die Schule viel wichtiger – wurde sie Oberlyzeum mit den Sprachen Französisch ab Sexta als erster und Englisch ab Untertertia als zweiter Fremdsprache. Entsprechend wurden in den folgenden Jahren die Klassen der Oberstufe eingerichtet. Das erste Abitur fand 1930 statt. Der Abschluss berechtigte jetzt zum Hochschulstudium, sofern das Kleine Latinum nachgewiesen wurde; Lateinunterricht erteilte man jetzt in den Klassen Obersekunda bis Oberprima, so dass auch diese Bedingung erfüllt wurde.

In der Schulstatistik wirkte sich diese Entwicklung folgendermaßen aus: Ostern 1930 (für 1930/31) hatte die Schule 441 Schülerinnen, davon 82 in der Oberstufe und 24 in der Frauenschule. Aus der Untersekunda des vergangenen Schuljahres gingen 35 Schülerinnen ab (rund die Hälfte!); es ist aus den Akten nicht zu erkennen, ob dies allgemein der wirtschaftlichen Situation dieser Jahre entsprach oder ob sich darin die Möglichkeiten für Frauen in der Gesellschaft widerspiegeln. Die Konfessionsverteilung am 1. Februar 1930 lautete: 266 evangelisch (64%), 138 katholisch (33%), 8 jüdisch (2%), 5 sonstige (1 %), also wie bisher eine klare Dominanz der evangelischen Konfession.

Bereits in diesen Jahren wurde ein Erweiterungsbau an der Stelle geplant, wo heute der „Neubau“ steht; ebenso mahnen die Berichte dringend eine Renovierung an. Aus Geldmangel ließ sich aber beides nicht verwirklichen.

1930 wurde das erste Abitur abgelegt. Deshalb vermerkt der Jahresbericht sogar die Themen. In Französisch wurde die Wiedergabe eines französisch vorgelesenen Textes verlangt, in Englisch die Wiedergabe eines deutsch vorgelesenen Textes. Für den deutschen Aufsatz standen drei Themen zur Wahl:

1. Rudolf Binding. Der Opfergang. Inhalt – Kernfrage – Stellungnahme
2. Eine Rede zur Verfassungsfeier. Thema:
   Art. 109,2: Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.
3. Am Ende meiner Schulzeit. Rückblick und Ausblick.

Das vierte Prüfungsfach war Mathematik.

16 Schülerinnen bestanden die Abiturprüfung; 14 wollten studieren, 8 für einen Lehrberuf, 6 andere Fächer. Zwei ergriffen eine berufliche Laufbahn ohne Studium[50]. Unter den Abiturientinnen war Anneliese Malcus, die nach dem Studium der Fächer Anglistik und Romanistik Lehrerin an dieser Schule wurde und 1972 als Studiendirektorin an dieser Schule in den Ruhestand trat.

---

49 Große Vollanstalten sind Schulen, die die Klassen Sexta bis Untersekunda doppelt führen und einen zweiten Schulzweig anbieten, hier die Frauenschule.

50 Alle Angaben nach dem Jahresbericht 1929/30.

DIE KALKER ZWEIGSTELLE DES MÜLHEIMER LYZEUMS

Kalk war vor der Eingemeindung nach Köln wie Mülheim ebenfalls eine selbstständige Stadt mit aufstrebender Industrie. Trotz der geringen Schülerinnenzahl sollte wegen der fehlenden Verkehrsverbindungen nach Köln oder nach Mülheim eine eigene evangelische Schule in diesem Stadtteil eingerichtet werden. Pfarrer Vietor, Seelsorger in Kalk von 1873 bis 1909, und einige Familien wollten eine „evangelische Familienschule“ gründen. 1885 fand mit Amalie Köllner als Leiterin ein erster Versuch statt, auch wenn es zunächst nur 10 Schülerinnen gab. Nur langsam konnte sich diese Familienschule weiterentwickeln, da die Schülerinnenzahl auch in den folgenden Jahren gering war. Dennoch blieben das Interesse an der Schule und eine gewisse Spendenbereitschaft für die Sachkosten erhalten, so dass schließlich 1904 eine staatliche Genehmigung für die „Private evangelische höhere Mädchenschule“ in Kalk mit 37 Schülerinnen in 3 Klassen erteilt werden konnte. Bereits 1910 wurde ein Jubiläum begangen, auch wenn damit mehr das 25jährige Bestehen der Schule als ihre Genehmigung als höhere Mädchenschule gefeiert wurde[51].

Der Erste Weltkrieg bedeutete auch hier einen entscheidenden Einschnitt. Es ist kennzeichnend, wenn der Bericht nicht etwa Beschränkungen der Lehrtätigkeit oder der fachlichen bzw. pädagogischen Ausrichtung der Schule beschreibt; entscheidend war die vielfältige Hilfe für die Soldaten an der Front, aber auch die Stützung wirtschaftlicher Maßnahmen des Staates. Der Bericht einer Lehrerin lautet[52]:

„Dann kamen die Kriegsjahre. Auch unsere Schule hat sie miterlebt mit allem Schweren, das sie brachten, als Väter und Brüder im Felde standen, als der Tod so manchen Familienvater fortnahm ... Auch unsere Schülerinnen haben Kriegshandarbeiten verschiedener Art angefertigt und zu Weihnachten ins Feld gesandt... Auch sie haben am Kölschen Boor genagelt, für die Goldsammlung mehr als Mark 1000.— und bei der Sammlung von altem Papier für das Rote Kreuz 4 Zentner abgeliefert. Für den Ehrenteppich der Stadt Köln haben sie gestiftet, und die Kriegsanleihe, die in der Schule gezeichnet wurde, weist namhafte Summen auf.“

Ostern 1919 stieg die Schülerinnenzahl, „hervorgerufen durch die veränderte wirtschaftliche Lage, wodurch es manchen Kreisen möglich wurde, ihre Kinder auf die höheren Schule zu schicken[53]“, nicht etwa als Folge eines veränderten Bewusstseins durch die Ereignisse des Jahres 1918. Die höchste Zahl wurde 1922/23 mit 175 Schülerinnen in 9 Klassen erreicht. Jedoch sank diese Zahl wieder aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung, so dass sich sehr bald die Existenzfrage stellte.

Schülerinnen einer Unterstufenklasse in den Dreißiger Jahren.
Hinten rechts die Lehrerin Sybille Vlatten.

Die Schule war 1923 von der Stadt Köln als Schulträger übernommen worden, gleichzeitig wurden die ersten vier Schuljahre wegen des neuen Grundschulgesetzes aufgelöst. Die übrigen Klassen galten jetzt als Zweigstelle des Mülheimer Lyzeums. 1926 konnte die Kalker Schule wegen der geringen Anmeldezahl keine Klasse mehr bilden; daraufhin löste die Stadt 1927 die Zweigstelle auf. Die Schülerinnen gingen entweder auf das Mülheimer Lyzeum oder auf die evangelische Volksschule von Kalk.

---

51 Vgl. die ausführliche Darstellung in der Festschrift 1926, S. 15 f.; das Zitat S. 18; ebenso Voß 1952, S. 219 f., und Pohl/Möhlich 1994, S. 185. Zu den Kalker höheren Schulen insgesamt: Vogt 1989.

52 Festschrift 1926, S. 18.

53 Festschrift 1926, S. 18.

DIE SCHULE IM „DRITTEN REICH“ (1933 – 1945)

Das „Städtische Oberlyzeum mit Frauenschule“ schien nun mit der Einführung der Oberstufe und der Reifeprüfung stabilisiert zu sein. Die wirtschaftliche Lage dieser Zeit, gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, und die politische Situation in der Endphase der Weimarer Republik stellten die Schule vor neue Probleme[54]. Die staatliche Finanzlage zwang seit 1930 zu Unterrichtskürzungen und verlangte den Abbau von Planstellen. Das führte zu einem neuen Phänomen, das bis 1936 in den Jahresberichten erwähnt wird: der „unentgeltlichen Beschäftigung“ und der „unbesoldeten Assessorin“. Es erteilten also Lehrer ohne Besoldung Unterricht und erreichten damit lediglich, dass sie die Anwartschaft auf eine Festanstellung behielten und durch diese Tätigkeit möglicherweise eine frühere Festanstellung erfolgen konnte[55].

Unterprima 1937; hinten stehend die Klassenlehrerin Dr. Paula Ullrich.

Die Situation der Schulabsolventen angesichts der extrem hohen Arbeitslosigkeit kennzeichnet folgender Satz aus dem Jahresbericht 1932: „Von einer Berufsberatung ... wurde abgesehen, weil die Vorträge als einzige Wirkung tiefste Niedergeschlagenheit ausgelöst hatten[56].“ Für die Schule war schon seit einiger Zeit ein Erweiterungsbau vorgesehen, dazu die Renovierung von einigen Räumen. Diese Pläne mussten aus Geldmangel aufgegeben werden.

Unmittelbare Wirkung auf die Schule hatte die veränderte politische Lage nach der „Machtergreifung“. Ein Auszug aus dem Jahresbericht 1933/34 zeigt die direkte Einflussnahme der Politik auf die schulischen Veranstaltungen[57]:

„1. Mai 1933: Tag der Arbeit. Festakt in der Aula. Rede: OStD Will. Übertragung der Feierlichkeiten durch Radio.
2. Mai 1933: Adolf Hitlers Geburtstag wird gefeiert. Rede: OStD Will.
26. Mai 1933: Die Schülerinnen gehen um 18 Uhr auf die Rheinwiesen, wo die Schlageterfeier stattfindet.
17. Juni 1933: Schulfrei wegen Volkszählung...
28. Juni 1933: Trauerfeier aus Anlass des Versailler Vertrages. Rede: OStD Will.“

Ebenso erwähnt der Jahresbericht neun Schulungsvorträge zur Erläuterung der Ideologie des Nationalsozialismus. Der Jahresbericht 1934/35 nennt 54 Unterrichtstage, an denen durch besondere Veranstaltungen der Unterricht ganz oder teilweise ausfiel. Auch in den folgenden Jahren wurde ausführlich die Unterrichtsbefreiung aus politischen Gründen dokumentiert. Wichtige politische Reden, überwiegend von Adolf Hitler, aber auch von Propagandaminister Goebbels u. a., wurden vom Rundfunk übertragen und gemeinsam angehört. Der Jahresbericht vermerkt: „12.7.34: Nach der 5. Stunde schulfrei wegen Teilnahme der Hitler-

---

54 Durch die Verordnung zur Verwaltungsvereinfachung vom 3.9.1932 wurden die Aufgaben des rheinischen Provinzialschulkollegiums Koblenz dem Oberpräsidenten in Koblenz übertragen.

55 Auswertung der Jahresberichte 1931/32 bis 1940/41. Die Jahresberichte 1941/42 und 1942/43 sind in verkürzter Form erstellt worden. Die Berichte liegen in Schreibmaschinenfassung gebunden vor und sind nicht alle paginiert. Zitate aus den angegebenen Jahresberichten werden deshalb nicht durch Anmerkungen belegt.

56 Im Original Indikativ. Offenbar lagen Erfahrungen aus dem letzten Jahr vor.

57 Jahresbericht 1933/34. OStD ist die Abkürzung für Oberstudiendirektor. Hitlers Geburtsdatum ist der 20. April 1889. Albert Leo Schlageter (1894 – 1923) war durch ein französisches Kriegsgericht während des Ruhrkampfes 1923 zum Tode verurteilt worden wegen terroristischer Anschläge auf Eisenbahnlinien, auf denen Reparationsabgaben, vor allem Kohle, nach Frankreich befördert wurden. Er galt als besonderes Vorbild der Nationalsozialisten.

jugend an der Spalierbildung bei dem Besuch von Baidur von Schirach“, dem damaligen Reichsjugendführer. Die politische Erfassung der Schülerinnen als Jungmädel oder als Mitglied im „Bund deutscher Mädel“ (BDM) wird im Jahresbericht dokumentiert:

1936/37: von 347 Schülerinnen	336 organisiert	
1937/38: von 465 “	442	“
1938/39: von 517 “	504	“

also fast die ganze Schule. Damit die Schülerinnen an den Veranstaltungen teilnehmen konnten, wurden hausaufgabenfreie Nachmittage eingeführt.

Der direkte Einfluss der Ideologie auf den Unterricht lässt sich durch die Veränderung im Lektürekanon und in den Themen der Aufsätze und der Abituraufgaben belegen. In den Lektürelisten werden jetzt neben Hitlers „Mein Kampf“ Scherzingers „Hitlerjunge Quex“ oder Bücher über Schlageter erwähnt, sowie andere, heute völlig unbekannte Titel.

Als Themen für Klassenaufsätze werden neben vielen bisher üblichen auch neue erwähnt: (1933/34 für OI) „Albert Schlageter, ein deutscher Held“, oder (für IV) „Warum haben wir die zuversichtliche Hoffnung, daß das deutsche Volk am 12. November hinter seinem Führer stehen wird?[58]; im Jahresbericht 1934/35 wird als Thema für UI/OI erwähnt: „Was erwartet Adolf Hitler von der deutschen Frau?“

Auch bei den Abiturthemen zeigt sich der ideologische Einfluss. Zwei Beispiele von 1936 und 1937 aus dem Fach Mathematik, das wegen seiner Sachbezogenheit oft als ideologisch nicht sehr anfällig gilt:

„Die Zahl der Erbminderwertigen im deutschen Volke schätzt man auf rund 2%, die Zahl der Erbhochwertigen auf rund 20%, der Rest sei als erbtauglich bezeichnet. Wie sähe nach etwa 100 Jahren die Zusammensetzung des deutschen Volkes aus, wenn im Durchschnitt aus erbminderwertigen Ehen 4, aus erbtauglichen Ehen 3, aus erbhochwertigen Ehen 2 Kinder zur Fortpflanzung gelangen und die Generationsdauer der erbminderwertigen Schicht zu 20, der erbtauglichen Schicht zu 25, die der erbhochwertigen Schicht zu 33 Jahren gerechnet wird, unter der Annahme, dass dieser Entwicklung kein Einhalt geboten würde? (Geometr. Zahlenfolgen; Prozentrechnung).“ Oder:

„In Deutschland wurden in den Jahren 1933-1935 rund 18 000 ha Moor- und Ödland durch den Arbeitsdienst zu Siedlungsland bereitgestellt. Eine Siedlungsstelle ist rd. 2 ha groß. Um einen Überschlag über die Wertsteigerung des Bodens zu erhalten, sei angenommen, dass 1/2 ha mit Weizen, 1/2 ha mit Kartoffeln bepflanzt werden; 1/2 ha sei Wiese, der Rest noch nicht ertragsfähig. Ferner sei der jährliche Ertrag nur die Hälfte des durchschnittlichen ... (folgen genaue Angaben; d. V). Wie groß ist der Kapitalwert des zuvor fast nutzlosen Bodens? Welche jährliche prozentische[59] Steigerung muß erzielt werden, wenn der Ertrag in den nächsten 10 Jahren auf den in Deutschland üblichen gebracht werden soll? Deutschland besitzt noch 1 800 000 ha Ödland. (Prozentrechnung, Zinseszinsrechnung)“

Es ist offensichtlich, in welch drastischer, aber durchaus wirkungsvoller Form die nationalsozialistische Ideologie hier vermittelt werden soll (Rassenpolitik, Arbeitsdienst, Autarkiepolitik), vor allem wie aus scheinbar unangreifbaren Tatsachen politische Folgerungen suggeriert werden, in denen mit mathematischer Gesetzmäßigkeit die Ziele des Systems vermittelt werden, ohne dass ethische Fragen überhaupt eine Rolle zu spielen scheinen.

Damit kein Missverständnis entsteht: Daneben spielen selbstverständlich die bisher üblichen Themen in den Fächern eine zentrale Rolle. Bis sich nationalsozialistische Richtlinien und Schulbücher direkt in der Schule auswirkten, vergingen Jahre – und viel Zeit hatte das System nicht! Dennoch bleibt es verblüffend und deutet auf Akzeptanz hin, wie schnell die Inhalte der Schule an die „neue Zeit“ angepasst wurden.

Vorgesetzter der Schule war jetzt der Oberschulrat Friedrich Gregorius[60] beim Oberpräsidium Koblenz. Er war Lehrer für Englisch und Französisch in der benachbarten Jungenschule, dem heutigen Rheingymnasium gewesen. 1920 bis 1932 war er Mitglied der Deutschen Volkspartei, seit dem 9. Mai 1932 Mitglied der NSDAR Ende März 1933 wurde er telegraphisch mit der Verwaltung einer Oberschulratsstelle beauftragt; seit dem 1. Dezember 1933 war er Oberschulrat.

---

58 Am 12.11.1933 fanden Reichstagswahlen durch eine Einheitsliste statt, verbunden mit einer Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund. Es bestand nur eine Ja/Nein Alternative; 92% stimmten mit ja, also für die NSDAP.

59 So im Original; gemeint ist prozentual.

60 Gregorius (geb. 1879) war offenbar ein durchschnittlicher Lehrer (Beurteilung S. 243, 245 in LHAK' Bestand Nr. 470, Nr. 17140). Er wurde erst nach dem Entnazifizierungsverfahren 1948 pensioniert.

Untersucht man mit den wenigen zur Verfügung stehenden Quellen personelle Eingriffe, so fällt zunächst die Kontinuität des Lehrerkollegiums (insgesamt 26 Mitglieder) seit der Zeit der Weimarer Republik auf. Das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 bot verschiedene Möglichkeiten, Beamte aus politischen Gründen in den Ruhestand zu versetzen. Beamte mit „nichtarischer“, vor allem jüdischer Herkunft waren zu entlassen. Nach § 4 konnten Beamte entlassen werden, die nicht „jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“, und nach § 6 „zur Vereinfachung der Verwaltung“. Diese Formulierung war äußerst dehnbar, allerdings konnte diese Entlassung nur ausgesprochen werden, wenn keine Neueinstellung erfolgte; insoweit diente dieser Paragraph auch der Einsparung von Stellen in der Verwaltung[61].

Einer der betroffenen Lehrer war der katholische Religionslehrer Robert Maercks (1876 – 1952), seit 1925 an der Schule. Maercks wurden bereits im Juli 1933 zwei Vorwürfe gemacht. Er habe, so hätten Schülerinnen berichtet, von der Teilnahme an der Sonnenwendfeier strikt abgeraten und sich negativ über die HJ geäußert. Die Aussagen der Schülerinnen wurden von der HJ, Ortsgruppe Dellbrück, unterstützt. Er habe außerdem Schülerinnen geschlagen[62]. Maercks bestritt gegenüber der Stadt Köln jegliche Verfehlungen. Der Direktor der Schule wollte zu dem politischen Vorwurf nicht Stellung nehmen, da er nicht unnötig Unruhe unter den Schülerinnen erregen wolle. Der Vorwurf, Maercks habe Schülerinnen geschlagen, könne aber durchaus richtig sein. Daraufhin stellte die Stadt Köln ohne weitere Prüfung fest, Maercks habe gelogen, indem er das Schlagen einer Schülerin bestritten habe. Sie beantragte mit klarer politischer und nicht disziplinarer Begründung, Maercks sei gemäß § 4 dieses Gesetzes zu entlassen, denn er scheine „absolut nicht gewillt zu sein, an dem Aufbau des Dritten Reiches mitzuarbeiten“. Er lasse erkennen, „daß er von seiner zentrümlichen[63] Einstellung so gut wie nichts verloren hat“. Es ist nicht untypisch, wie hier politische und disziplinare Probleme vermischt wurden.

Offenbar hatte Maercks Gelegenheit, einen gewissen Einsatz für den Staat zu belegen, denn er hielt am 2. Oktober 1933 die Festrede zur Feier des 86. Geburtstags Hindenburgs in der Schule[64].

Das Oberpräsidium in Koblenz lehnte die Entlassung nach § 4 dieses Gesetzes am 6. Oktober 1933 wegen Fristversäumnis ab; es empfahl aber zu prüfen, ob nicht § 6 des Gesetzes einen Grund für die Entlassung biete. Diesen Vorschlag lehnte Maercks mit Unterstützung des Generalvikariats ab. Es hätte die Streichung der Stelle bedeutet und damit den zumindest vorübergehenden Ausfall des katholischen Religionsunterrichts. Einen Kompromissvorschlag von Maercks, ihn aus Gesundheitsgründen zu pensionieren, lehnte die Stadt ab. Sie argumentierte, Maercks sei erst 9 Jahre im Schuldienst, bei der Festsetzung der Pension müssten aber die 23 Jahre Tätigkeit als Geistlicher im Dienst der Kirche mitberücksichtigt werden und damit werde die Pension zu teuer. Außerdem sei er zwar gesundheitlich angeschlagen, aber nicht dauernd dienstunfähig. Schließlich ergab sich doch eine Möglichkeit. Durch Zusammenlegen zweier Schulen wurde eine städtische Planstelle frei. Maercks wurde vom 1. August 1934 an in den Ruhestand versetzt und ein anderer Religionslehrer konnte den Unterricht aufnehmen[65].

Der Jahresbericht 1934/35 erwähnt die Pensionierung von Robert Maercks nach § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Er erwähnt mit derselben Begründung auch die Pensionierung von Mathilde Linnartz (1881 – 1952, seit 1906 an der Schule, vor allem als Turnlehrerin eingesetzt). Bei dieser Entlassung scheinen jedoch politische Gründe keine Rolle gespielt zu haben; es ging hier wohl um das Einsparen einer Planstelle[66].

Es fällt auf, dass die Schülerinnenzahl in den folgenden Jahren geringer wurde, insbesondere in der Oberstufe. Im Schuljahr 1934/35 musste der Unterricht in den beiden obersten Klassen in manchen Fächern

---

61 Das Gesetz ist ausführlich wiedergegeben in Michaelis, Heribert, und Schraepler, Ernst, Ursachen und Folgen Band 9 (Das dritte Reich) S. 283 f. Aus § 4: „Beamte, die nach ... ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr... dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“ Aus § 6: „Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch dienstfähig sind. Wenn Beamte aus diesem Grunde in den Ruhestand versetzt werden, so dürfen ihre Stellen nicht besetzt werden.“ Bei „Nichtariern“ wurde keine Pension gezahlt; bei Entlassungen nach § 4 wurde die Pension um ein Viertel gekürzt; bei Entlassungen nach S 6 blieb die volle Pension erhalten.

62 Die Ereignisse sind geschildert nach den Dokumenten in HASK: Bestand 40 (Robert Maercks), vgl. auch Trapp 1994, S. 52.

63 So im Original; gemeint ist eine Einstellung, die an der Weltanschauung der Zentrumspartei ausgerichtet war. HASK: Bestand 40 (Robert Maercks), Bl. 62.

64 Jahresbericht 1933/34.

65 Üblicherweise wird zur Entlassung aus dem Dienst der Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Die Stadt Köln ordnete jedoch an: „Ein Dankschreiben wird Studienrat Maercks mit Rücksicht auf die gegen ihn in politischer Hinsicht vorliegenden Anschuldigungen nicht ausgehändigt." HASK: a.a.O. Bl. 88.

66 HASK: Bestand 40 (Mathilde Linnartz), vor allem Blatt 91 ff. Erwähnt werden nur persönliche Gründe, die im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen des Staates plausibel sind.

wegen zu geringer Schülerinnenzahl zusammengelegt werden. Dabei spielte sowohl die wirtschaftliche Situation als auch das offiziell propagierte Frauenbild eine Rolle. Bereits im Jahresbericht 1932/33 ist ein Vortrag vor den Eltern erwähnt: „Sollen wir unsere Töchter in der heutigen Zeit noch auf die Oberstufe des Oberlyzeums schicken?“ Die Formulierung des Themas, fast suggestiv, lässt den Inhalt erahnen. Es wird deutlich, dass die Zielsetzung der Entwicklung einer selbstständigen Frauenpersönlichkeit, wie sie in der Weimarer Republik begonnen hatte, nicht weitergeführt, ja sogar zurückgeworfen wurde. Es verwundert, dass die Frauenoberschule abgeschafft wurde; die Gründe sind in den Akten nicht genannt. Möglicherweise sollte sie nicht an das Oberlyzeum angebunden sein. Ab 1936 stieg die Schülerinnenzahl wieder an; der Grund lag jedoch nicht in der Schule, vielmehr wurde die benachbarte Ursulinenschule unter erheblichen Druck gesetzt und schließlich aufgelöst, so dass ein Teil der Schülerinnen wechseln musste[67]. Die deutlichsten Konsequenzen sind in der Konfessionsverteilung sichtbar: 1938 hatte die Schule 193 evangelische, aber 226 katholische Schülerinnen.

Zahl der Schülerinnen und Klassen in den Jahren 1930 – 1941

Schuljahr	Schülerinnen	Klassen	Schülerinnen der Frauenschule	Klassen[68]
1930/31	441	15	24	2
1931/32	396	14	8	1
1932/33	401	15	16	1
1933/34	352	13	22	1
1934/35	325	13	18	1
1935/36	315	12		
1936/37	304	19		
1937/38	323	12	18	1
1938/39	475	14	43	3
1939/40	517	16[69]	43	
1940/41	457	13	54	3

Die Rassenpolitik des Nationalsozialismus fand auch in der Schulstatistik ihren Niederschlag. Schülerinnen jüdischer Konfession gab es nur noch ganz vereinzelt; seit 1937/8 überhaupt nicht mehr. 1934 unterscheidet die Statistik bei der Staatsangehörigkeit zwischen Reichsdeutschen und Ausländern und trennt bei den Reichsdeutschen vier Gruppen: Arier, Halbarier, Nichtarier (Söhne/Töchter von Frontkämpfern), Nichtarier (Sonstige); später heißt es: deutsch oder artverwandt, jüdisch-mischblütig, jüdisch. Die nur kurzfristige Bevorzugung der Kinder ehemaliger Frontkämpfer fiel weg.

	Anzahl	
Schuljahr	jüdischer Schülerinnen	jüdisch-mischblütiqer
1933/34	13	
1934/35	12	
1935/36	3	1
1936/37	3	1
1937/38	1	3
1939/40	0	1

67 Eine andere Entwicklung vollzog sich in Kalk. Auch dort wurde die bestehende kath. Mädchenschule aufgelöst. Es musste aber eine neue städtische Schule gegründet werden, die heutige Kaiserin-Theophanu-Schule Ausführlich: Vogt 1988.

68 Die Zahlen sind den Jahresberichten entnommen. Die Frauenoberschule lief 1935 aus (Zur Gymnasialreform ausführlich: Lundgreen 1981, S. 73).

69 Im Jahresbericht 1939/40 werden die Zweige nicht getrennt ausgeführt.

Das von den Nationalsozialisten eingeführte neue Bekenntnis „gottgläubig“ fand jedoch wenig Resonanz; 1941 gaben nur 21 (von 511) Schülerinnen diese Konfession an.

Die Judenverfolgung lässt sich sonst in den Schulakten nicht belegen. Lediglich am 11. August 1942 taucht ziemlich unvermittelt, aber mit hinreichender Deutlichkeit in der Schulchronik die Bemerkung auf: „Feststellung, ob noch Mischlinge 1. Grades unter den Schülerinnen sind.“ Über ein Ergebnis wird nichts berichtet.

Die Ansätze zur Schulmitwirkung, wie sie in der Weimarer Republik begannen, wurden jetzt durch das „Führerprinzip“ abgelöst. Elternbeiräte gab es nicht mehr. Die Mitwirkung der Schülerinnen wurde ersetzt durch „Jugendwalter“, die die Schule nur im Zusammenwirken mit der Partei ernennen durfte und die die Betreuung der Schülerinnen im außerunterrichtlichen Bereich organisierten. Der Jahresbericht 1934/35 vermerkt: Die Klasse U II (heute Jg. 10) geht für 14Tage „in einen nationalpolitischen Lehrgang“; ähnliche Veranstaltungen für Lehrer wie für Schülerinnen werden ausdrücklich erwähnt.

Im Schuljahr 1936/37 wurde die nationalsozialistische Schulreform eingeführt. Sie stand „in ganz besonderem Maße im Dienste der Forderungen, die das Leben an die deutsche Frau und Mutter in Familie, Beruf und Volksgemeinschaft stellte[70].“ Die lateinischen Schul- und Klassenbezeichnungen wurden abgeschafft; die Schule hieß jetzt nicht mehr Oberlyzeum, sondern „Städtische Oberschule für Mädchen mit sprachlichem und hauswirtschaftlichem Zweig“. Die erste Fremdsprache war Englisch, Französisch die zweite, allerdings nur im sprachlichen Zweig. Der hauswirtschaftliche Zweig betonte die „Fächer des Frauenschaffens“, z. B. Nadelarbeit, Gartenarbeit, Säuglingspflege; er führte aber nicht zur Hochschulreife. Die Jahrgangsstufen hießen jetzt 1. bis 9. Klasse (bisher Sexta bis Oberprima). Die Verteilung der Schülerinnen auf den sprachlichen und den hauswirtschaftlichen Zweig entsprach etwa dem Verhältnis 2:1.

Gerade in der Schulorganisation des Dritten Reiches spielte die Person des Schulleiters eine zentrale Rolle. Über Friedrich Will, der damals im Alter von 69 Jahren im Ruhestand lebte, sagt die Festschrift von 1951[71]: „Die kluge und geschickte Haltung Wills in allen Fragen der Schulleitung bewährte sich auch in den Jahren 1933-1945, so dass die nationalsozialistische Ideologie kaum in die Mülheimer Oberschule eindringen konnte.“ Es ist schwer, aus den Akten diese Aussage zu beurteilen. Ist es das Urteil eines wohlwollenden Schulleiters über den inzwischen pensionierten ehemaligen Kollegen, der wahrscheinlich kein allzu überzeugter Anhänger des Systems war, oder ist es Will wirklich gelungen, die Ideologie möglichst fernzuhalten? Will war mitten in der Weimarer Republik in dieses Amt gekommen; er ist 1933 nicht abgelöst worden. Inwieweit nationalsozialistischer Geist in die Schule eingedrungen ist, wurde bisher und wird in den folgenden Kapiteln gezeigt. Natürlich musste der Schulleiter, wollte er sein Amt behalten, den Anforderungen der neuen Politik und des neuen Systems zumindest zu erheblichen Teilen genügen.

Die Akten zeigen, dass Will die Weisungen zumindest formal befolgt hat. Weder die Diktion der Jahresberichte noch der Inhalt lassen in ihm den besonders überzeugten Nationalsozialisten erkennen; sicher war eine Mädchenoberschule auch kein sehr gutes Karrieresprungbrett. Ein Urteil lässt sich jedoch aus den Akten nicht endgültig begründen.

Eine Analyse der Abiturarbeiten

Versucht man, Schule im Dritten Reich zu beschreiben, ergibt sich ein methodisches Problem[72]. Zwar lassen sich Verfügungen der Behörden, Änderungen der Richtlinien, neue Schulbücher und schriftlich fassbare Äußerungen der am Schulleben Beteiligten belegen und interpretieren; damit erfasst man jedoch nur einen Teil der Wirklichkeit. Alltägliches Geschehen kann allein durch Akten nicht erfasst werden, erst recht nicht in einer Zeit, in der mündliche Kommunikation eine ganz andere Bedeutung haben kann als eine schriftliche und damit nachlesbare, überprüfbare Stellungnahme. Nachträgliche Umfragen sind problematisch. Die Schülerinnen erinnern sich normalerweise an Lehrerpersönlichkeiten, an Originale, an besondere Ereignisse, außerunterrichtliche Veranstaltungen, an das Nicht-Alltägliche. Dies gilt besonders für das Verhalten im Dritten Reich. Aus der Rückschau betrachtet: Wer möchte schon gerne Mitläufer oder gar Sym-

---

70 Düwell 1979, S. 528.

71 Festschrift 1951, S. 28 f.; Friedrich Will wurde 1944 nach Wittenberg/Elbe evakuiert und war dort an der Oberschule tätig; 1945 kehrte er nach Köln zurück; er war nicht mehr Schulleiter, sondern unterrichtete bis zu seiner Pensionierung 1948 am naturwissenschaftlichen Gymnasium (heute Rheingymnasium).

72 Trapp 1994; Trapp diskutiert dieses methodische Problem ausführlich; er stellt ausdrücklich fest, daß gerade für die Mädchenschulen die Quellenlage sehr schlecht ist (S. 2); ein Beitrag zur Verbesserung der Quellenlage ist die folgende Analyse der Abiturarbeiten.

pathisant gewesen sein? Inwieweit sind die Erinnerungen beeinflusst durch nachträgliches Wissen? Gerade in einem totalitären System stößt die Erfassung der Unterrichtswirklichkeit auf schwierige methodische Probleme.

Ich versuche, einen Teil der Unterrichtswirklichkeit an den Abiturthemen und an den vorliegenden Abiturarbeiten darzustellen[73]. Der ideologische Einfluss auch auf die Abiturthemen wurde schon dargestellt. Als Beispiel seien die Themen im Fach Deutsch für das Abitur 1934 genannt:

„1. Wodurch hat unsere Regierung die Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat erfolgreich begonnen?
2. Wie hat Kleist die Wandlung des Prinzen von Homburg vom Individualisten zum Diener des Staates in seinem Drama „Prinz von Homburg“ dargestellt?
3. Vom Sinn der großen Volksfeste im Jahre 1933.
4. Was können uns Bauten vom Zeitgeist künden? (dazu vier Abbildungen)[74]“.

Abiturthemen sind zwar Prüfungsthemen, der Unterricht hat aber die Schülerinnen auf deren Anforderungen vorbereitet. Dies galt besonders an einer Schule, die erst seit 1929 Abiturprüfungen abnehmen durfte. Bei der Diskussion der 1934 gestellten Themen fällt auf den ersten Blick auf, wie stark der nationalsozialistische Einfluss und die Verarbeitung der Ereignisse von 1933 in diesen Themen durchschlägt. Auch das literarische Thema, die Wandlung vom Individualisten zum Diener des Staates, behandelt eine vom System gewünschte Frage. Es ist sicher nicht falsch, wenn aus dieser Themenstellung zurückgeschlossen wird auf den Unterricht.

Es fällt jedoch auf, dass in den folgenden Jahren der direkte Bezug zur vorherrschenden Ideologie weniger spürbar ist. Ich nenne die Themen von 1938 als Beispiel:

„1. An welchen Leistungen kann man die Bedeutung der Chemie besonders zum Bewußtsein bringen?
2. Darstellung von Müttern in modernen Dichtungen.
3. Maria Theresia.
4. Schönheit unserer Heimat.“

Eine Analyse der Prüfungsthemen zwischen 1934 und 1943 kann folgendermaßen zusammengefasst werden. Den Schülerinnen standen jeweils sehr verschiedene Themenstellungen zur Wahl. Ausgenommen 1934, waren rein nationalsozialistische Themen selten. Es überwogen Aufgaben, bei denen eine Bearbeitung im Sinne der Ideologie des Dritten Reiches wohl möglich war, die aber durchaus auch eine andere Stellungnahme zuließen. Dies galt auch für literarische oder ästhetische Themenstellungen. Aus heutiger Sicht fällt auf, in welch großer Zahl Themen gestellt wurden, die sehr subjektiven Charakter hatten.

Bei der Analyse des Inhalts der untersuchten Arbeiten der verschiedenen Jahrgänge ergab sich, dass die Begriffe Pflicht, Gemeinschaft, Volk, Ziel o. a. immer wieder auftauchten und damit indirekt Rückschlüsse auf die ideologische Position zuließen, die keineswegs immer nationalsozialistisch sein musste, sondern ebenso der politischen Rechten oder irrationalen Strömungen der Weimarer Republik entstammen konnte.

Besonders auffallend ist die fast immer schwammige, wenig konkrete Sprache; die Schülerinnen schrieben gefühlsbetont, benutzten Metaphern, rhetorische Fragen und führten Sprichwörter oder Zitate als „Argumente“ an. Die Arbeiten erscheinen wenig selbständig mit häufig klischeehaft angelernten Formulierungen und nicht sehr originellen Gedankengängen.

Geschichte war nur 1939 und 1940 Abiturfach mit schriftlichen Arbeiten als Ersatz für Französisch. Warum diese Regelung eingeführt wurde und so schnell wieder abgeschafft wurde, ist aus den Schulakten nicht ersichtlich. Die Themen für 1940 lauteten:

---

73 Die folgende Darstellung beruht auf einer von Barbara Germer und dem Verfasser unter Mithilfe von Gerda Stanjek während einer Projektwoche im September 1985 mit Schülerinnen und Schülern vorgenommenen Analyse der Abiturarbeiten. Quelle waren die an der Schule befindlichen Abiturakten; auf Einzelnachweise wurde verzichtet. Die Ergebnisse im Fach Deutsch wurden überwiegend von Barbara Germer, die im Fach Geschichte vom Verfasser erarbeitet.

74 Es wurden den Schülerinnen vier Abbildungen aus „Das neue Deutschland", Heft 7, 1933 vorgelegt. Die Tendenz war vorgegeben: Mit „So nicht" wurden abgebildet die Weißenhof-Siedlung in Stuttgart (ein Wohnhaus auf Stelzen) und ein mehrstöckiges Haus in Prag im Bauhausstil mit der Bewertung „Gestaltete Langeweile, tschechische Ideenlosigkeit"; mit „so anders" ein Einfamilienhaus in ländlicher Umgebung und das Schalthaus des Siemenswerkes in Berlin, ein mehrstöckiges Industriehochhaus.

„1. Durch welche Leistungen der Hohenzollern wurde Preußen zur Großmacht?

2. Welche geschichtlichen Ereignisse machen mir die heutige Zeit besonders verständlich?

3. Von der Reichszersplitterung zur Reichseinheit (1648 – 1933).“

18 Schülerinnen (75 Prozent) wählten das dritte Thema, deshalb möchte ich dies erläutern. Aus der bei allen Arbeiten fast gleichen Gliederung und dem sehr ähnlichen Inhalt lässt sich die Gestaltung des Unterrichts und die Erwartungshaltung des Lehrers erschließen. Es sollte gezeigt werden, in welchen Etappen sich der Prozess der Reichseinigung seit 1648 vollzog, und die Machtergreifung als Endpunkt dieses Einigungsprozesses verstanden werden. Einigung meint hier natürlich eher Vereinheitlichung oder Zentralisierung.

Es zeigte sich, dass die Arbeiten ausschließlich reproduktiv waren, dass lediglich die entsprechenden historischen Daten aufgezählt und knapp erläutert wurden und dass auch die Zeit zwischen 1918 und 1930 zumeist neutral dargestellt wurde.

Auch die Ereignisse von 1933 wurden zumeist nur aufgezählt (Ermächtigungsgesetz, Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat usw.) und nur in einem knappen, zumeist zurückhaltenden Schlusswort wurde die Einigungsleistung gewürdigt. Keine Arbeit ist euphorisch zustimmend, einige lassen sogar den letzten Abschnitt weg und lassen den Einigungsprozess mit der Weimarer Republik enden.

Die Korrektur und die Bewertung der Arbeiten in beiden Fächern überraschten, besonders natürlich die am Projekt beteiligten Schüler. Es zeigte sich nämlich, dass die Lehrer überwiegend nach formalen Kriterien urteilten (sachliche Richtigkeit, Ausdruck, Satzbau usw.). Der „ideologiegerechte“ Inhalt oder der Standpunkt bzw. die geäußerte Meinung der Schüler spielte kaum eine Rolle. Es gab eher neutrale Arbeiten mit der Note „sehr gut“ und ideologisch „richtige“, aber formelhafte und unselbständige Arbeiten mit der Note „ausreichend“.

„Schule im Dritten Reich“ ist Gegenstand einer sehr umfänglichen, durchaus kontrovers geführten Diskussion, die hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden kann. Eine Position, der das hier gezeichnete Bild entspricht, hat Rolf Schörken folgendermaßen formuliert[75]: „Die Schule war nur selten in der Lage, starke freiheitlich-humane, persönlichkeitsbestimmende Wirkungen auszuüben ...Aber vom nationalsozialistischen Geist durchdrungen war sie nicht. Sie verhielt sich solchen Durchdringungsversuchen gegenüber sperrig bis apathisch ... Die Schule im Dritten Reich war nicht braun, sie war grau mit braunen Sprenkeln.“

DIE SCHULE IM ZWEITEN WELTKRIEG

Die Jahresberichte und besonders die Schulchronik[76] lassen erkennen, wie unmittelbar der Krieg in die Schule eingegriffen hat. Zitate aus der Schulchronik zeigen deutlich, wie die Schule insgesamt betroffen war, und sagen vielleicht mehr aus als eine umfassende Darstellung.

„18.9.1939:	Verlängerung der Ferien (um zwei Wochen) bedingt durch den Ausbruch des Krieges ...
18.9.1939:	Die Schülerinnen der 9. Klasse (heute Jg. 13) werden entlassen, um wichtigen Kriegshilfsdienst zu leisten. Bei anerkannter Tätigkeit wird ihnen Ostern 1940 die Reife verliehen ...
ab 17.9.1939:	werden Sandkästen vor den Fenstern des Untergeschosses als Splitterschutz angebracht...
26. – 30.1.1940:	Kohleferien ...
ab März 1940:	Die unteren Klassen erhalten das Vitamin C in Gestalt von Cebion-Zucker (Gemüse-Mangel) ...
15.6.1940:	Nach der planmäßigen 2. Stunde ... schulfrei anläßlich des siegreichen Einzugs der deutschen Truppen in Paris ...
22.6.1940:	Ab 12.30 Übertragung der Waffenstillstandsverhandlungen in Compiegne. (Obere und mittlere Klassen)
30./31.5.1942:	Terrorangriff der Engländer auf Köln. In der Schule keine Fliegerschäden. Aus dem Kollegium sind fliegergeschädigt... (folgen 6 Namen).

75 Schörken 1984, S. 61.

76 Die Schulchronik liegt in zwei handschriftlich geführten Tagebüchern im Archiv der Schule vor: Band 1: 1.9.36 – 29.9.55, Band 2: Oktober 1955 – August 1968. Sie wird nach dem Datum des Eintrags wörtlich zitiert; die Angaben in Klammern sind Erläuterungen des Verfassers.

6.6.1942: Beginn der vorverlegten Ferien. Das Kollegium wird zum Einsatz herangezogen ... Der Urlaubsplan wird so festgelegt, daß jeweils ein Drittel des Kollegiums für Nachtwachen ... (zur Verfügung steht).

Oktober 1942: Die Klassen 5 und 6 (heute Jg. 9 und 10) werden zum Bahnhofsdienst für die Verpflegung der zur Front durchreisenden Truppen abkommandiert...

Abitur 1943: Die schriftlichen Arbeiten werden unter sehr erschwerten Verhältnissen (Tag- und Nachtalarm) angefertigt.

28./29.6.1943: Durch Terrorangriff der Feindflieger wird das Schulgebäude stark geschädigt: das Dach wird zu 75% abgedeckt, die Türen beschädigt, 130 Fensterrahmen zertrümmert ... Die Schule war bis zum 2.7. nicht betretbar... (weitere Angriffe in den folgenden Monaten).

16.8.1943: Wiederbeginn des Unterrichts. Die Schülerinnen, die auf öffentliche Aufforderung hin durch ihre Eltern wieder angemeldet worden sind, erhalten Aufgaben. Die unteren Klassen werden entlassen. Die oberen Klassen räumen in der Schule auf. Nach acht Tagen wird mit einem Notstundenplan durchschnittlich 4 Stunden am Tag unterrichtet..

18.1.1944: Da die Reifeprüfung Anfang Februar stattfinden muß, werden die letzten Klassenarbeiten in der 8. Klasse (heute Jg. 12) geschrieben, die zugleich als Prüfungsarbeiten gelten ...

16.2.1944: Da 7 Kräfte des Kollegiums fehlen, wird ... angeordnet, daß alle Mitglieder des Kollegiums um 9 Uhr anwesend sind, um nach einem tägl. aufzustellenden Notplan 4 Stunden eingesetzt zu werden ...

12.4.1944: Die Schülerinnen der Klassen 6 und 7 (heute Jg. 10 und 11) sind im Einsatz zur Verpflegung der durch Terrorangriff betroffenen Aachener Bevölkerung ...“

Am 4. August 1944 begann noch ein Schuljahr 1944/45 mit folgendem Eintrag: „Infolge der kriegerischen Ereignisse im Westen kommen die 8. und 7. Klasse (heute Jg. 12 und 11) zum Einsatz. Ein Teil der Schülerinnen der 8. Klassen wird am Westwall eingesetzt. Die Schülerinnen arbeiten dort zur Betreuung der beim Schanzen eingesetzten HJ (Hitlerjugend) ...“

Über die Schülerinnen berichten die Jahresberichte 1941/42 und 1942/43: „Vom 15.5.42 bis zum 15.8.42 leisten die 8. Klassen und vom 28.8.42 – 15.11.42 die 6. Klassen langfristigen Kriegseinsatz meist in kinderreichen Familien, einige in der Landwirtschaft... Vom 11.1.43-17.1.43 wurde die Klasse 6Hw beim Wirtschaftsamt zur Ausfertigung der Reichskleiderkarten eingesetzt... Die Schülerinnenzahl schwankt stark ... Am Ende des Schuljahres [gemeint ist der 24.6.1943] belief sich die Zahl auf 131 (Ges. Zahl 525).“

Am 1. Oktober 1944 wurden alle Schulen Kölns geschlossen. Am 28. Oktober erfolgte der schwerste Angriff auf Mülheim; fast 80 Prozent der Gebäude wurden zerstört; das Schulgebäude blieb verschont. Es diente in den folgenden Monaten anderen Zwecken: Die Post, eine Sparkasse und eine Stelle des Arbeitsamtes, eine Glaserfirma, zeitweise sogar eine Gastwirtschaft, waren in ihm untergebracht. Die Lehrer leisteten Einsatzdienst, teils in mitteldeutschen Schulen, teils in Kölner Ämtern und Krankenhäusern.

In den Zeugnislisten häufen sich in den letzten zwei Jahren Eintragungen, die auf Evakuierungen hinweisen. Nach Fliegeralarm begann der Unterricht oft verspätet; die Schülerinnen waren völlig übermüdet. Bei Tagesangriffen musste der Unterricht unterbrochen werden.

Einige Änderungen dieser Jahre seien noch erwähnt. Das neunte Schuljahr fiel an den Oberschulen für Mädchen von 1940 an weg; die Reifeprüfung erfolgte bereits nach 8 Jahren. In allen Berichten und der Chronik werden die vielfältigen Luftschutzübungen erwähnt. Das Schuljahr 1940/41 wurde verlängert (28.3.40 – 25.6.41); der Schuljahrswechsel war also erst im Herbst. Die Schülerinnen wurden zur Brandwache eingeteilt und halfen bei der Beseitigung von Beschädigungen in der Schule. Schon der Jahresbericht 1940/41 stellte fest, dass wegen der außerordentlich hohen Personalfluktuation (bedingt durch Versetzungen, Einberufungen, Evakuierungen, Erkrankungen usw.) der Unterricht erheblich beeinträchtigt wurde.

Diese Angaben bieten nur eine Auswahl aus der Chronik. Sie vermitteln aber einen Eindruck, wie unmittelbar dieser Krieg in das Leben der Schule eingriff, vor allem, wie stark die Schülerinnen und die Lehrerschaft von den Auswirkungen nicht nur im persönlichen, sondern auch im unmittelbar schulischen Bereich betroffen waren. Normale Unterrichtstätigkeit war spätestens seit 1940 nicht mehr gesichert, seit 1942 völlig unmöglich. Der Krieg bestimmte das ganze Leben, auch das der Kinder und Jugendlichen. Nach Angriffen auf Mülheim musste zunächst oft aufgeräumt werden, um die Klassenzimmer wieder benutzbar zu machen. Hausaufgaben konnten nur eingeschränkt angefertigt werden, denn die Kinder fanden zu Hause dieselbe Situation vor. Zwei Jahre lang, von Mitte 1942 bis September 1944, fand der Unterricht nur sehr verkürzt

statt, wenn es die Luftangriffe und der Zustand der Schule zuließen. Wenn bei einem Luftangriff der Luftschutzbunker nicht mehr erreicht werden konnte – er steht heute noch an der Berliner Straße, etwa 15 Minuten zu Fuß von der Schule entfernt –, mussten die wenig gesicherten Schutzräume im Keller aufgesucht werden. Seit Oktober 1944 fand kein Unterricht mehr statt. Die Auswirkungen der Endphase des Krieges auf Mülheim können hier nicht geschildert werden. Die Kapitulation am 8. Mai 1945 brachte das Ende des Krieges. Es dauerte aber noch bis Ende November 1945, ehe der Unterricht wieder notdürftig beginnen konnte.

Die Leiterinnen und Leiter der Schule:

1877 – 1919	Dr. Ludwig Erckmann
1919 – 1921	Dr. Josef Frings
1921 – 1925	Lic. Carola Barth
1926 – 1945	Dr. Friedrich Will

QUELLEN UND LITERATURVERZEICHNIS

Die wichtigste Quelle ist das noch nicht aufbereitete Archiv der Schule. Erhalten sind die Jahresberichte von 1876 bis 1914 in gedruckter Fassung, die folgenden teils handschriftlich, teils in maschinenschriftlicher Form als gebundenes Heft, teils gedruckt. Akten aus der Zeit vor 1945 sind nicht vorhanden.

Es liegt eine vollständige Sammlung der Abiturarbeiten seit 1930 vor. Die Personalakten der Lehrer, die vor 1944 eingestellt wurden und nach 1945 weiter unterrichteten, sind von „kundiger“ Hand „gesäubert“ worden.

Erhalten sind weiter zwei Tagebücher „Schulchronik“, das erste vom 1.9.1936 – 29.9.1955, das zweite vom Oktober 1955 – August 1968, dazu die Festschriften von 1926 und 1951.

Im Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK) sind im Bestand 405 die Akten des ehemaligen Provinzialschulkollegiums und des Oberpräsidiums erhalten, besonders Nr. 4399: Etats 1909 – 1924 des Oberlyzeums Mülheim. In den übrigen einschlägigen Beständen (403 und 405 A) ist die Schule nicht erwähnt.

Das Historische Archiv der Stadt Köln (HASK) besitzt im Bestand 870 mehrere Aktenbände zur Geschichte der Schule im 19. Jahrhundert, besonders Nr. 1522 zur Gründung der Schule und Nr. 1519 zur Unterhaltung der Schule.

Literaturverzeichnis

Bendel, Johann, Die Stadt Mülheim am Rhein, Mülheim 1913 (Unveränderter Nachdruck Köln 1972).

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Mülheim am Rhein von 1906 bis 1911, Mülheim 1912.

Bölling, Rainer, Sozialgeschichte der deutschen Lehrer, Göttingen 1982.

Das städtische neusprachliche Mädchengymnasium mit Frauenoberschule Köln-Mülheim 1876 – 1951 (Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Schule am 18.10.1951), o. O.

Düwell, Kurt, Das Schul- und Hochschulwesen der Rheinlande, in: Petri, Franz, und Droege, Georg, Rheinische Geschichte, Band 3, Düsseldorf 1979, S. 465 – 552 (umfasst die Geschichte von 1815 bis 1945).

Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen, Köln 1926.

Hege-Wilmschen, Ingrid, Die Entwicklung des Schulwesens in Köln 1945 bis 1949, Köln 1984.

Lundgreen, Peter, Sozialgeschichte der deutschen Schule, Teil I: 1770 – 1918, Göttingen 1980; Teil II: 1918 bis 1980, Göttingen 1981.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800 – 1866, München 1983.

Pohl, Stefan/Mölich, Georg, Das rechtsrheinische Köln. Seine Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Köln 1994.

Prass, Ilse, Mülheim am Rhein. Stadtgeschichte in Namen, Köln 1988.

Reiberg, Ludger, Die Sozialtopographie Mülheims, Teil 2 (1850 – 1939), in: Rechtsrheinisches Köln, Band 8, Köln 1982.

Schörken, Rolf, Luftwaffenhelfer und Drittes Reich, Stuttgart 1984.

Trapp, Joachim, Kölner Schulen in der NS-Zeit, Köln/Weimar/Wien 1994.

Vogt, Helmut, NS-Schulpolitik in Kalk, in: Festschrift zur 50-Jahrfeier der Kaiserin-Theophanu-Schule 1988.

Vogt, Helmut, Zur Geschichte des höheren Schulwesens in Köln-Kalk von 1896 bis 1938: in: Rechtsrheinisches Köln, Band 15, Köln 1989. Voß, Ludwig, Geschichte der höheren Mädchenschule, Opladen 1952.

Voß, Ludwig, Geschichte der höheren Mädchenschule, Opladen 1952.